

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans Josef Horchem

Fünfzehn Jahre Terrorismus
in der Bundesrepublik Deutschland

Brian Michael Jenkins

Der internationale Terrorismus

David Thomas Schiller

Terrorismus im Nahen Osten

B 5/87
31. Januar 1987

Hans Josef Horchem, Dr. jur., geb. 1927; Senatsdirektor a. D.; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und der Geschichte an den Universitäten Mainz und Köln; Richter in Nordrhein-Westfalen von 1955 bis 1957; Bundesamt für Verfassungsschutz von 1957 bis 1968; Leiter eines Landesamtes für Verfassungsschutz bis 1981; Berater der spanischen Regierung in Fragen der Abwehr des Terrorismus 1978; Berater der baskischen Regierung in Sicherheitsfragen seit 1981.

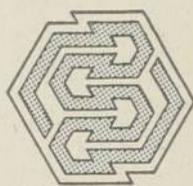
Veröffentlichungen u.a.: Extremisten in einer selbstbewußten Demokratie, Freiburg 1975; West Germany's Red Army Anarchists, London 1974; Rightist Extremism in the Federal Republic of Germany, London 1979.

Brian Michael Jenkins, M. A., geb. 1942; Studium der Geschichte an der Universität von Kalifornien in Los Angeles (UCLA) und der Universität von San Carlos in Guatemala; Fulbright Stipendiat; Direktor für Sicherheits- und Konfliktforschung der Rand Corporation in Santa Monica und Berater der amerikanischen Regierung in Fragen des Terrorismus und der politisch motivierten Gewalt; Chefredakteur von „TVI-Report“, einer Vierteljahreszeitschrift über Terrorismus und Extremismus, sowie stellvertretender Chefredakteur von „Terrorism and Conflict“.

Veröffentlichungen u. a.: International Terrorism: A New Mode of Conflict, 1975; Terrorism and Personal Protection, 1985; sowie Autor von zahlreichen Beiträgen in Fachzeitschriften und Forschungsberichten.

David Thomas Schiller, Dr. rer. pol., geb. 1952; Studium der Politikwissenschaft und Publizistik an der FU Berlin; langjährige Tätigkeit als Journalist im Nahen Osten; Mitarbeiter der Rand Corporation; Mitherausgeber von „TVI-Report“.

Veröffentlichungen: Mehrere Buchveröffentlichungen zu Themen der Nahostpolitik und des Terrorismus sowie zahlreiche Zeitschriftenbeiträge in deutschen und internationalen Periodika.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Fünfzehn Jahre Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

I. Ursprünge

Das Bild der Baader-Meinhof-Bande, die sich selbst „Rote Armee Fraktion“ (RAF) nannte, hat viele Farben. Die Herkunft dieser ältesten und gefährlichsten deutschen Terror-Organisation aus der zerfallenden Studentenbewegung der späten sechziger Jahre ist unbestritten. Diese Erkenntnis wurde lange Zeit geleugnet oder verdrängt. Neo-Marxismus und die Kader-Organisationen der Neuen Linken sollten durch die Gewaltverbrechen ihrer ideologischen Gesinnungsgenossen nicht diskreditiert werden. Linke Diskussionszirkel distanzieren sich von den Taten, akzeptieren aber die Motive. Die Positionen schieden sich daran, ob man die Terroristen als „Bande“ oder als „Gruppe“ bezeichnete. In einem vorschnellen Rückschluß auf damalige Erfahrungen wird heute behauptet, die politisch motivierten Gewalttäter aus der autonomen Linken, aus dem Bereich der Hausbesetzer und der Kernkraftgegner bildeten die neuen Rekrutierungsreserven der Terroristen.

Die Protestbewegung der Studenten in den USA, die sich gegen das amerikanische Engagement in Vietnam konzentrierte, war maßgebend für die Protestbewegungen der Jugend in der westlichen Welt¹⁾. Die Fernsehübertragungen von Massendemonstrationen der Studenten in den Vereinigten Staaten, die einen Höhepunkt 1964 in Berkeley erlebten, beschleunigten auch die Studentenbewegungen in Frankreich, in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland²⁾. Schon vorher hatten enge wissenschaftliche Verbindungen bestanden zwischen den Universitäten der amerikanischen Ostküste, den kalifornischen Hochschulen und den bundesdeutschen Universitäten, vor allem mit Berlin. Aus beiden Komponenten trat in der Bundesrepublik die Bewegung der Neuen Linken, mit einer Zeitverzögerung von zwei bis drei Jahren als eine Bewegung des anti-autoritären Protestes in die breite Öffentlichkeit. Kerngruppen formulierten den Protest, Studenten erprobten und entwickelten die Protestfor-

men. Das Reservoir für die Demonstrationen bildeten die Bereiche der Hochschulen, die sich mit Politik, Soziologie und Psychologie beschäftigten, d.h. die Fakultäten, in denen Kritik an der Gesellschaft gelehrt wurde.

Die Große Koalition zwischen CDU und SPD 1966 verschärfte das Engagement. Sie wurde von der Jugend als verräterischer Kompromiß angesehen. Sie war weiterer Antrieb für die Behauptung, eine schwerfällige oder unfähige politische Administration sei nicht in der Lage, die brennenden politischen, ökonomischen und sozialen Fragen der Zeit schnell zu lösen. Die Bewegung der studentischen Jugend sammelte sich in der Kampagne gegen die Notstandsgesetze. In diese Phase gehören auch die Oster-Aktionen von 1968, die sich vorwiegend gegen den Springer-Verlag richteten. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke leiteten sie eine Diskussion über die Gewalt ein. Eine Rechtfertigungstheorie unterschied zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen. Die erste wurde gerechtfertigt als ein Mittel im Kampf von Minderheiten gegen Repression und gegen Institutionen, die Repression verbürgten. Schon zu diesem Zeitpunkt war aber die dialektische Qualität solcher Rechtfertigungstheorien deutlich. Sie schloß Gewalt gegen Personen für die Zukunft nicht aus.

Bestimmend für die Entwicklung bis heute blieb die „schauspielerische“ Selbstspiegelung der Studenten im Vorbild revolutionärer Gruppen, die in der Dritten Welt ihren Kampf gegen ausbeuterische kleine Oberschichten mit den Mitteln der Gewalt führen. Revolutionäre Gewalt gegen Diktatur und „Terror von oben“ in der Dritten Welt diente den protestierenden Jugendlichen als Beispiel und Rechtfertigung ihrer eigenen Gewalt gegen eine demokratische Gesellschaft. Ohne diese schauspielerische Übertragung von Konflikten wäre die erste politisch motivierte Gewalt-handlung nicht zu erklären, die unter dem Vietnam-Motiv als Fanal aufrütteln sollte. Die Brandstiftung in einem Kaufhaus in Frankfurt/Main am 2. April 1968, wenige Tage vor dem Attentat auf Rudi Dutschke, brachte die wichtigsten Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande in Kontakt. Andreas Baader und Gudrun Ensslin

¹⁾ Zbigniew Brzezinski, Revolution und Konterrevolution, in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hrsg. von Erwin K. Scheuch, Köln 1968, S. 222.

²⁾ George Kennan, Rebellen ohne Programm, Stuttgart 1968, S. 9 f.

gehörten zu den Tätern, Rechtsanwalt Horst Mahler war Baaders Verteidiger, Ulrike Meinhof rechtfertigte die Tat publizistisch als Kolumnistin der Zeitschrift „konkret“.

Im August 1968 marschierten die Truppen der Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein. Im Herbst 1968 scheiterte die Kampagne gegen die Notstandsgesetze. Die Bewe-

gung zerfiel in Basisgruppen, die sich der Schulung in der marxistischen Theorie zuwandten und der Diskussion über die gesellschaftliche Analyse der Bundesrepublik und der erstrebten revolutionären Organisation. Im Frühjahr 1971 trat die Rote Armee Fraktion aus dieser Übergangsphase hervor. Sie war ausgerüstet mit dem Konzept des bewaffneten Kampfes.

II. Anfänge

Die Kaufhausbrandstifter von Frankfurt waren zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, nach neun Monaten Untersuchungshaft jedoch von weiterer Haft verschont worden, weil das Urteil noch nicht rechtskräftig war. Nach Rechtskraft des Urteils im November 1969 kam von den vier Tätern anfangs keiner der Aufforderung zum Strafantritt nach. Zwei stellten sich im Verlaufe des Jahres 1970; Baader wurde am 4. April 1970 in Berlin bei der Kontrolle eines Kraftfahrzeuges festgenommen. Seine Befreiung am 14. Mai 1970 unter Mitwirkung von Horst Mahler und Beteiligung von Ulrike Meinhof durch Einsatz von Schusswaffen, bei der ein Unbeteiligter schwer verletzt wurde, leitete den Aufbau der RAF ein. Alle Beteiligten gingen in den Untergrund und begannen, eine Logistik für weitgesteckte Ziele aufzubauen. Die Masse der Geldmittel wurde durch bewaffneten Bankraub beschafft. Noch in der Phase des Aufbaus der Organisation wurden am 29. September 1970 in Berlin drei Banküberfälle zur selben Tageszeit durchgeführt. Den Tätern fielen insgesamt 220.000 DM in die Hände. An den Überfällen waren mindestens zwölf Personen beteiligt, die insgesamt sechs Kraftfahrzeuge benutzten, von denen fünf durch Berliner Kfz-Kennzeichen verfälscht worden waren.

Im Jahre 1972 ging die RAF über die Logistik und die Propagierung ihrer Kampfziele hinaus zur offensiven Aktion über, obgleich viele Mitglieder (Mahler, Grusdat, Ruhland, Jansen, Bäcker, Proll, Herzog, Pohle, Roll, Grashoff, Grundmann) bereits verhaftet worden waren.

Die Serie der Bombenanschläge, 15 Sprengkörper an sechs Tatorten, begann am 11. Mai 1972 mit einem Anschlag auf das Hauptquartier des V.

US-Corps in Frankfurt. Ein amerikanischer Offizier wurde getötet. Am 15. Mai 1972 folgten Anschläge auf das Landeskriminalamt in München und die Polizeidirektion in Augsburg. Am 19. Mai 1972 wurden 38 Personen bei der Detonation von zwei Bomben im Verlagshaus Springer in Hamburg zum Teil erheblich verletzt. Am 24. Mai 1972 folgte ein schwerer Anschlag auf das Hauptquartier der amerikanischen Armee in Europa in Heidelberg. Drei Soldaten wurden getötet.

Diese Anschläge waren kein wahlloser Terror, sondern gezielte Aktionen, deren Charakter es anderen Organisationen und Gruppen der revolutionären Neuen Linken ermöglichen sollte, sich mit der RAF zu solidarisieren. Das RAF-Kommando, das für den Anschlag gegen den Springer-Verlag verantwortlich zeichnete, bestand dementsprechend darauf, daß vor dem Anschlag eine Warnung an den Verlag gegeben worden sei, damit das Gebäude geräumt werden konnte. Die Anschläge gegen die Polizei und gegen amerikanische Einrichtungen, denen keine Warnung vorausging, nahmen die Tötung von Menschen nicht nur in Kauf, sondern kalkulierten sie ein. Sie zielten zugleich auf die Solidarisierung anderer Fraktionen der revolutionären Bewegung. Die Tonbänderklärung Ulrike Meinhofs anlässlich eines Teach-in der „Roten Hilfe Frankfurt“ am 31. März 1972 in der Frankfurter Universität spricht dies aus: „Unsere Aktionen gegen die Ausrottungsstrategen von Vietnam versteht heute schon jeder. Unsere Aktionen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der gefangenen und der freien Genossen der RAF kann schon jeder verstehen.“

III. Theorie-Ansätze

Die RAF hat ihr Selbstverständnis und ihre Ziele in drei Kampfschriften dargelegt, die zwischen April 1971 und November 1972 herausgebracht wurden. Zwei dieser Schriften wurden von Ulrike Meinhof verfaßt; Verfasser der Hauptschrift ist Horst Mahler. Die drei Papiere stellen nach wie vor die Basis des strategischen Konzeptes der RAF dar.

„Das Konzept Stadt-Guerilla“ tauchte in einem ersten Druck im April 1971 auf. Mit ihm wurde der selbstgewählte Name „Rote Armee Fraktion“ zum erstenmal öffentlich genannt. Verfasserin dieser Schrift ist Ulrike Meinhof. Das Papier versucht eine Analyse der Bundesrepublik, wertet die studentische Bewegung und bekennt sich zu ihr als der Vorgeschichte der Gruppe. Es betont

wie andere neo-marxistische Organisationen das Praxisgebot und erläutert das eigene Konzept, die selbstgewählte Organisations- und Kampfform, die Stadt-Guerilla³⁾.

Im Juni 1971 wurde in Berlin der erste Druck der Hauptschrift der RAF unter dem Titel „Die Lücken der revolutionären Theorie schließen — die Rote Armee aufbauen“ verbreitet. Im Oktober veröffentlichte der Berliner Wagenbach-Verlag den Text mit dem Titel „Kollektiv RAF — über den bewaffneten Kampf in Westeuropa“. Verfasser ist Horst Mahler. Er schrieb den Text in der Haft⁴⁾. Mahler fordert Konsequenzen aus der Einsicht, daß eine Revolution ohne eine wissenschaftlich-revolutionäre Theorie nicht siegen könne. Er hält die bewaffnete Phase des Klassenkampfes unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen für unvermeidlich. Der „revolutionären Intelligenz“ weist er die Funktion der Avantgarde zu: „Nicht die Organisationen der Industriearbeiterschaft, sondern die revolutionären Teile der Studentenschaft sind heute Träger des zeitgenössischen Bewußtseins.“

Den wichtigsten Teil seiner Schrift bilden die Abschnitte, in denen sich Mahler der „jugendlichen Gesellschaft“ zuwendet. Da die wirkliche Lage weder „repressiv“ noch „revolutionär“ ist, kann der einzelne dauerhaft für den bewaffneten Kampf nur gewonnen werden, wenn er außerhalb der Gesellschaft aktiv gegen die Gesetze handelt und damit zur Fortsetzung seiner kriminellen Aktionen gezwungen ist. Mahler hält junge Menschen für bereit und entschlossen, ihr persönliches Schicksal mit dem Schicksal der proletarischen Revolution zu verbinden und die Risiken des bewaffneten Kampfes auf sich zu nehmen: „Haben sie erst einmal die Angst vor dem Staatsapparat überwunden, wird sie auch das Gezeter der Revolutionsliteraten und der Maulhelden nicht davon abhalten, diesen Weg weiterzugehen.“ Mahler versucht, junge Menschen zu überreden, das Mittel des bewaffneten Kampfes praktisch zu entdecken. Entwöhnung

vom Gehorsam gegenüber der bürgerlichen Rechtsordnung ist für ihn „wesentliche Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen“. Der „eingeschliffene Gehorsamsreflex“ muß durch wiederholte bewußte und praktische Normverletzung überwunden werden. Diese Schrift war prägend für die Nachfolgenerationen der RAF. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, daß Horst Mahler während seiner Haftzeit aus der Gruppe ausschied und sich der KPD anschloß.

Am 24. April 1972 veröffentlichte der „Spiegel“ Auszüge aus der dritten Schrift der RAF „Stadt-Guerilla und Klassenkampf“. Der Text war der Redaktion durch die Post zugegangen. Der Sprachduktus weist Ulrike Meinhof als Verfasserin aus. Der Schrift ist als Motto die Ausdeutung eines alt-chinesischen Dichterwortes durch Mao Tse-tung vorangestellt: „Der Tod eines sozialistischen Kämpfers ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod eines Kapitalisten hat weniger Gewicht als Schwanenflaum.“ Der Grundton des Papiers ist resignativ. Es befaßt sich mit Erwägungen über den Tod von Gruppenmitgliedern und mit der Frage des Verrats. Dazu heißt es: „Verräter müssen aus den Reihen der Revolution ausgeschlossen werden. Toleranz gegenüber Verrätern produziert neuen Verrat... Von der Tatsache, daß sie arme Schweine sind, darf man sich nicht erpressen lassen. Das Kapital wird Menschen solange zu armen Schweinen machen, bis wir seine Herrschaft abgeschafft haben. Wir sind für die Verbrechen des Kapitals nicht verantwortlich.“⁵⁾

Die drei Kampfschriften, welche die ersten Gewaltanschläge der Baader-Meinhof-Bande begleiteten und begründeten, sind bis heute maßgebender Rahmen des strategischen Konzepts der RAF. Die schon zu Beginn der siebziger Jahre vorgegebene Zielorientierung für Terroraktionen ist die gleiche geblieben: US-Imperialismus, NATO sowie Persönlichkeiten und Objekte des „Repressions-Apparates“.

IV. Motivationen

Die Aktivisten der ersten RAF-Generation kamen mit wenigen Ausnahmen aus Familien des Bürgertums, in denen ein akademisches Studium erstes Lebensziel war. Auch die Sympathisanten und Unterstützer der Aktivisten kamen in der Regel aus typischen Intellektuellenberufen.

An sich sollte die Führung einer kommunistischen Revolution, die von der RAF nach wie vor

angestrebt wird, dem bewußten Teil der Arbeiterklasse zustehen. Dies wird auch von der derzeitigen RAF-Generation nicht bestritten. Gleichwohl haben schon die ersten RAF-Mitglieder ihre Herkunft aus dem bürgerlichen Lager öffentlich kaum reflektiert. Nur Horst Mahler zog schon frühzeitig theoretisch die Konsequenz. Er forderte, daß die Lücken der revolutionären Theorie geschlossen werden müßten. In seiner Schrift „Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa“ erklärte er, eine zeitgemäße revolutionäre Theorie könne nur von denen entwickelt werden, „die aufgrund ihrer objektiven Klassenlage die Mög-

³⁾ „Bewaffneter Kampf — Texte der RAF. Auseinandersetzung und Kritik“, Utrecht 1973, S. 350 f.

⁴⁾ „Rotbuch 29“, Berlin 1971.

⁵⁾ „Der Spiegel“, Nr. 18/1972 vom 24. April 1972.

lichkeit haben, die Erfahrungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse der Vergangenheit verstehend in ihre Überlegungen einzubeziehen, und die über das Abstraktionsvermögen verfügen, das es ihnen ermöglicht, die in den Klassenkämpfen der Gegenwart gesammelten Erfahrungen auf dem historischen Hintergrund unseres Erkenntnisstandes zu analysieren, zu interpretieren und zu verallgemeinern“.

Dies erklärt noch nicht, weshalb sich junge Menschen in einer demokratischen Gesellschaft entschlossen, in den „bewaffneten Kampf“ einzutreten und bis heute bereit sind, illusionäre Ziele mit der Waffe in der Hand zu verfolgen. Es gibt eine Denkschule, die auch kollektive Verhaltensweisen vor allem auf psychologische Gegebenheiten und Prozesse zurückführt. Dies meinte wohl der Vater von Gudrun Ensslin, der sich im Februar 1972 in einem offenen Brief an „All jene Eltern“ wandte, die „von den Verstehensschwierigkeiten ihrer Kinder in besonders gravierender Weise während der letzten 10 bis 15 Jahre betroffen worden sind“. Er meint, daß die Zahl jener Heranwachsenden Ende der sechziger Jahre groß gewesen sei, „denen der Übergang von pubertärem Erschrecken über Unrecht und Verlogenheit der Gesellschaft zu einem gesellschaftlichen Engagement in der Bundesrepublik mißlang“. Vor 1967 habe sich dieses Mißlingen in individuellen Neurosen, Depressionen und Psychosen vollzogen.

Die offenen Daten der Lebensläufe der bisher bekannten Terroristen auch während der Zeit des Heranwachsens lassen keine zwingenden Schlüsse auf eine Disposition zum anarchistischen Revolutionär zu. Schwierigkeiten im Elternhaus und Scheitern im Studium oder in der Berufsausbildung haben auch andere junge Menschen erlebt, ohne daß diese zur Gewalt gegriffen haben.

Horst Mahler berührte die Probleme in ideologischen Anmerkungen, die im „Spiegel“ veröffentlicht worden sind. Zur Frage des „Verheizens von Genossen“ führt er aus: „Jene Kategorie übernimmt bürgerliche Zwangsvorstellungen, nach denen es nur Führer und Verführte gibt, als ob nicht jeder Genosse, dem die bürgerliche Unordnung zum Halse raushängt, der das nicht weitermachen kann, was er bisher gemacht hat, für sich selbst die Frage entscheiden könnte, ob er nicht mehr aus seinem Leben macht, wenn er endlich aus dem Getto ausbricht und die Mauern einreißt, selbst wenn sich dadurch seine statistische Lebenszeiterwartung verringern sollte.“⁶⁾ Die Ausführungen Mahlers deuten auf die subjektive Empfindung einer vielgestaltigen und doch schwer greifbaren Repression. Diese Repression ist eine Fiktion, aber dennoch wirksam. Das Subjekt begreift sie stellvertretend und damit wiederum „schauspielerisch“ im Schicksal von Vietnamesen, Schwarzen in den USA und in Südafrika, Indios, Palästinensern und anderen unterdrückten Menschengruppen.

Ohne Beispiel geblieben ist bis heute die personelle Zusammensetzung der RAF. Frauen wirken nicht nur als Helfer, Informanten, Kundschafter, sondern als aktive Kämpfer, die unter dem Mantel oder in ihrer Handtasche Pistolen bis zum Kaliber von 9 mm mitführen, die sie entschlossen benutzen, wenn es gilt, eine Festnahme abzuwehren oder eine von der Organisation beschlossene „Hinrichtung“ auszuführen. Viele von ihnen handeln nicht nur gleichberechtigt, sondern prägend. Ulrike Meinhofs Schriften haben den Weg festgelegt, auf dem sich die RAF bis heute bewegt. Gudrun Ensslin, Brigitte Mohnhaupt und Inge Viett dominierten in den Entscheidungsprozessen der Gruppe. Sie und andere Frauen waren als Mittäter an Morden beteiligt.

V. Entwicklungen

1. Die RAF und die „Bewegung 2. Juni“

Die Aktivisten der RAF haben ihren Kampf auch nach ihrer Verhaftung fortgesetzt. In sogenannten Zellenzirkularen, die von einer Haftanstalt zur anderen transportiert wurden, empfahlen die Führungsmitglieder Verhaltensweisen für die kommenden Prozesse. Sie erließen Anweisungen über die Auflösung konspirativer Wohnungen, weitere Sprengstoffanschläge und Geiselnahmen. Ein entsprechender Kassiber Gudrun Ensslins wurde in der Handtasche Ulrike Meinhofs bei ihrer Verhaftung am 15. Juni 1972 gefunden. Rechtsanwalt Otto Schily hatte Frau Ensslin am

12. Juni in der Haft besucht und mehr als zwei Stunden lang gesprochen. Nach Ansicht der Behörden konnten ihre Anweisungen nur durch ihn aus der Haftanstalt herausgebracht worden sein. Der Bundesgerichtshof entschied den Ausschluß Schilys von der Verteidigung mit der Begründung, die Aufgaben eines Verteidigers seien mit der Rolle eines der Teilnahme verdächtigten Beschuldigten unvereinbar. Das Bundesverfassungsgericht hob diese Entscheidung auf, weil weder eine gesetzliche noch eine gewohnheitsrechtliche Möglichkeit für den Ausschluß eines Verteidigers gegeben sei.

Ein Indiz für die über die Verteidigung der Inhaftierten hinausgehende Aktivität ist ein Brief

⁶⁾ „Der Spiegel“, Nr. 8/1972 vom 14. Februar 1972.

des Rechtsanwaltes Ströbele vom 16. Juni 1973, der drei Tage später in Berlin aufgefunden wurde. Ströbele hatte ihn offensichtlich nach einer Rundreise zu mehreren Häftlingen verfaßt. Der Brief berichtete von einem „neuen Projekt“, nämlich dem Plan, eine Info-Zentrale aufzubauen. Diese Zentrale wurde am 4. Februar 1974 in Hamburg zerschlagen. Sowohl in Hamburg als auch in Frankfurt wurden in vier Wohnungen Maschinenpistolen, Schrotflinten, Pistolen und Revolver, mehr als 25 Handgranaten, Munition, Sprengstoff und Tretminen aufgefunden. Falsche Identitätspapiere, Geldbeträge in D-Mark und ausländischer Währung von mehr als 200 000 DM wurden sichergestellt. Neun Personen wurden festgenommen. Nach dieser Verhaftungsaktion durchlief die RAF eine Regenerierungsphase von mehr als einem Jahr.

Parallel zur RAF hatte sich 1971 die „Bewegung 2. Juni“ entwickelt. Am 2. Februar 1972 verübte sie einen Sprengstoffanschlag auf den britischen Yachtclub Berlin-Gatow, bei dem ein Bootsbauer ums Leben kam. Am 3. März 1972 folgte ein Anschlag auf das Landeskriminalamt in Berlin. Am 5. Juni 1974 ermordete ein Kommando der Bewegung Ulrich Schmücker als „Verräter“. Am 10. November des gleichen Jahres erschossen Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ den Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann. Die Gruppe rechtfertigte den Mord an Ulrich Schmücker mit einem längeren Zitat aus der RAF-Kampfschrift „Stadt-Guerilla und Klassenkampf“, in dem dialektisch das Kapital für die Aktion verantwortlich gemacht wurde. Dies zeigt die prägende Wirkung der von den Kernmitgliedern der RAF entwickelten Ideen und ihrer Schriften.

Am 27. Februar 1975 entführten Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ den Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Peter Lorenz. Die Bundesregierung und der Senat von Berlin gaben der Forderung auf Freilassung von sechs inhaftierten Terroristen nach. Nach längeren Ermittlungen gelang es den Sicherheitsbehörden im September 1975, die führenden Mitglieder der Gruppe (Ralf Reinders, Inge Vielt, Juliane Plambeck, Fritz Teufel und Gabriele Rollnik) festzunehmen.

Die für die Terroristen zunächst erfolgreiche Geiselnahme von Peter Lorenz war der Auslöser für eine Aktion der RAF gegen die deutsche Botschaft in Stockholm. Sechs Terroristen besetzten am 24. April 1975 das Botschaftsgebäude, nahmen Geiseln und forderten die Freilassung von 26 inhaftierten Terroristen. Die Bundesregierung weigerte sich, die Forderung zu erfüllen. Zwei Geiseln wurden erschossen. Eine kurz vor Mitternacht wohl unbeabsichtigt verfrüht ausgelöste Explosion von Sprengkörpern setzte das obere

Stockwerk des Gebäudes in Brand, tötete einen der Terroristen und verletzte die anderen.

Nach dieser gescheiterten Operation der Terroristen erfolgte erneut eine Phase des Wiederaufbaus. Erst 1977, dem Jahr mit den bisher schwersten Terroranschlägen der RAF, kam es zu neuen Operationen. Am 7. April 1977 wurden Generalbundesanwalt Siegfried Buback sowie sein Fahrer Wolfgang Göbel und der Justizhauptwachmeister Georg Wurster ermordet. Am 30. Juli 1977 wurde der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seinem Haus umgebracht. Am 5. September 1977 wurde Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer in Köln entführt. Die Terroristen ermordeten die ihn begleitenden Polizeibeamten Reinhold Brändle, Helmut Ulmer, Roland Pieler und seinen Fahrer Heinz Marcisz. Hanns-Martin Schleyer wurde am 19. Oktober im Elsaß im Kofferraum eines Autos erschossen aufgefunden. Bei der zeitgleich erfolgten Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ durch palästinensische Terroristen wurde Flugkapitän Jürgen Schumann erschossen. Als die Bundesregierung den Forderungen der Terroristen nicht nachgab und die Insassen der nach Mogadischu entführten Lufthansa-Maschine durch eine Operation der GSG 9 befreit wurden, verübten Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe in der Strafanstalt Stammheim Selbstmord. Ingrid Möller erlitt bei dem Versuch, sich ebenfalls umzubringen, Verletzungen.

Im November 1977 entführten Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ den österreichischen Industriellen Palmers in Wien. Sie erpreßten vier Millionen DM für seine Freilassung. Im Frühjahr 1980 löste sich die „Bewegung 2. Juni“ auf. Der Restkader, der über die verbliebene Lösegeldsumme von rund zwei Millionen DM verfügte, vereinigte sich mit der RAF.

Den Operationen der folgenden Jahre blieb zunächst der Erfolg versagt. Am 25. Juni 1979 versuchten Mitglieder der RAF, den damaligen NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Alexander Haig, auf seinem Weg in das NATO-Hauptquartier bei Brüssel in die Luft zu sprengen. Der General entkam dem Attentat. Am 31. August 1981 verübten Mitglieder der RAF einen Bombenanschlag auf das Luftwaffen-Hauptquartier der NATO in Ramstein (Pfalz). 18 amerikanische Soldaten und zwei deutsche Zivilisten wurden verletzt. Am 15. September 1981 schossen Mitglieder der RAF zwei RPG-7-Raketen ab auf den Pkw von Frederick J. Kroesen, Kommandierender General der US-Army in Europa. Der Anschlag mißglückte.

Der Bombenanschlag in Ramstein zeigte schon die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Zielsetzung und Durchfüh-

rung: Das Luftwaffen-Hauptquartier der NATO, „Eckpfeiler des US-Imperialismus“, sollte aus den Angeln gehoben werden; zerstört wurde aber nur ein Pkw, verhältnismäßig geringer Sachschaden entstand, 20 Personen wurden verletzt. Ähnliches gilt für das Attentat auf General Kroesen. Die Perfektion der Vorbereitung und das offensichtlich sorgsame Training der Attentäter sind sicherlich bemerkenswert. Experten betonen, daß auch ein guter Schütze vier Wochen Ausbildung brauche, um einen Pkw auf 120 Meter Entfernung mit einer RPG-7-Rakete zu treffen. Die Ausbildung hat wahrscheinlich im Nahen Osten stattgefunden. Trotz dieser Vorbereitung schlug der Anschlag fehl. Auch im Terrorismus zählt aber letztlich nur der Erfolg.

Die für künftige Aktionen notwendigen Geldmittel waren damals ebenfalls zusammengeschrumpft. Der Überfall von Christian Klar, Adelheid Schulz, Inge Viett und Brigitte Mohnhaupt auf eine Bank in Bochum am 15. September 1982, bei dem die Terroristen 126 000 DM erbeuteten, zeigte die Grenzen der finanziellen Reserven. Die Festnahme von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar am 11. und 16. November 1982, die danach folgende Aushebung von zahlreichen Depots mit Waffen, Munition, Geldmitteln und falschen Ausweispapieren versetzten der RAF einen Schlag, der ihre Operationsmöglichkeiten für die nächsten beiden Jahre wiederum begrenzte. Am 26. März 1984 verübten vier Mitglieder der RAF einen Raubüberfall auf eine Bank in Würzburg. Sie erbeuteten 171 000 DM.

Über diese logistischen Beschaffungsoperationen hinaus war die RAF damals offensichtlich nicht mehr in der Lage, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Nach längeren Vorbereitungen hatte sie sich erst im Sommer 1984 wieder soweit formiert, um in die Aktion übergehen zu können. Bei der Festnahme von sechs Kernmitgliedern im Juli 1984 in Frankfurt und in Karlsruhe wurde neben zahlreichen anderen Unterlagen ein „Planungs- und Diskussionspapier“ gefunden. Der Inhalt dieses Papiers war offensichtlich schon mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern besprochen worden und hatte aus den Gefängnissen Korrekturen erfahren. Es enthielt eine Analyse der derzeitigen politischen Lage in der Bundesrepublik, die auch von linken Sympathisanten wohl als realitätsfremd betrachtet worden wäre. Auf der anderen Seite enthielt es Pläne, die genau durchkalkuliert zu sein schienen und die in drei Stufen verwirklicht werden sollten.

Im Herbst 1984 sollten Sprengstoffattentate gegen Schlüsseleinrichtungen des „NATO-Militärapparates“ (US Army und Bundeswehr) durchgeführt werden. Einzelne Objekte waren als Angriffsziele gekennzeichnet. Die Ergebnisse der

Aufklärung (zum Beispiel NATO-Pipelines im süddeutschen Raum) waren beigefügt. Sie stammten offensichtlich aus dem RAF-Umfeld. Gleichzeitig sollten die inhaftierten RAF-Mitglieder einen Hungerstreik starten mit der Forderung, in den Haftanstalten zusammengelegt zu werden. Dies ist das alte Ziel, „interkommunikationsfähige Gruppen“ zu bilden. Bemerkenswert dabei ist, daß in dem Planungspapier von einer Befreiung der „inhaftierten Genossen“ nicht mehr die Rede war. In der dritten Stufe sollten „Repräsentanten der Repression“ getötet werden.

Mit einer Zeitverschiebung von sechs Wochen versuchte die RAF dann tatsächlich, ihren Drei-Phasen-Plan zu verwirklichen. „Planungstreue“ ist eine Eigenschaft, die von der RAF bisher immer wieder angestrebt und durchgeführt wurde. In den ersten Dezembertagen 1984 begannen die Gefangenen ihren Hungerstreik. Am 18. Dezember versuchte ein RAF-Kommando einen Bombenanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. Wenn die Aktion für die RAF zum Erfolg geworden wäre, hätten rund 30 Menschen sterben müssen. Am 15. Januar 1985 veröffentlichten die französische „Action Directe“ (AD) und die RAF ein gemeinsames Kommuniqué „für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa“, in dem sie die Gründung einer „Einheitsfront zur Bekämpfung des NATO-Imperialismus“ ankündigten. Am 25. Januar 1985 ermordeten Terroristen der AD den französischen General René Audran vor seiner Wohnung in Paris. Ein „Kommando Elisabeth van Dyck“ erklärte sich für die Tat verantwortlich. Elisabeth van Dyck war eine Aktivistin der RAF, die 1979 in Nürnberg tödlich verletzt wurde, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen versuchte. Am 1. Februar 1985 erschossen zwei Terroristen der RAF den deutschen Rüstungsmanager Ernst Zimmermann in seinem Haus in der Nähe von München. Diese Aktion firmierte unter dem Namen „Kommando Patsy O'Hara“, der Name eines Mitgliedes der IRA, das bei dem Hungerstreik 1981 den Tod gefunden hatte. Der Hungerstreik der inhaftierten Mitglieder der RAF und die Operationen der „Kommando-Ebene“ wurden begleitet von Anschlägen und Anschlagversuchen aus dem legalen Umfeld der RAF. Während der Gesamtzeit des Hungerstreiks ereigneten sich 15 Sprengstoff- und 23 Brandanschläge. Die Hälfte davon richtete sich gegen militärische Objekte.

Nach dem Mord an Ernst Zimmermann brachen die Gefangenen den Hungerstreik ab. Die RAF veröffentlichte eine „Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks“, die zeigt, daß sich die Terrororganisation ihrem entscheidenden Ziel — nämlich der Errichtung einer anti-imperialistischen Front in der Bundesrepublik und in Westeuropa — ein erhebliches Stück nähergekommen zu sein

glaubte. Die RAF stellte zunächst realistisch fest, daß die anti-imperialistische Front noch nicht das politische, praktische und organisatorische Niveau entfaltet habe, das notwendig sei, „dem offenen Vernichtungsinteresse des Staates die Grenze zu setzen“; sie hielt aber den „Sprung zur Einheit der westeuropäischen Guerilla und die Realisierung einer neuen Qualität von Angriffsstrukturen“ tatsächlich jetzt für möglich.

Am 8. August 1985 setzte die RAF ihre Offensive fort. Sie verübte einen schweren Bombenanschlag auf den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt am Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Sie brachte eine Autobombe zur Entzündung, tötete zwei Amerikaner und verletzte elf Passanten. Am 7. August hatten zwei Mitglieder der RAF den amerikanischen Soldaten Edward Pimental mit einem Genickschuß ermordet, um seine Identifizierungskarte zu rauben. Mit ihr erschlich sich die RAF den Zugang zu der abgesperrten Air-Force-Base. In dem späteren „Bekennnerbrief“ behauptete die RAF, es habe sich um eine gemeinsame Aktion mit der AD gehandelt. Der „Bekennnerbrief“ war mit „Kommando George Jackson“ unterzeichnet. Jackson war Mitglied der amerikanischen Black Panther-Bewegung und wurde bei einer Gefängnisrevolte getötet.

Mit der „Offensive 84/85“ hatte sich bei der RAF eine andere Organisationsstruktur entwickelt als das System, mit dem sie bis November 1984 operierte. Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden drei Organisationsringe. Heute kann man vier Kreise unterscheiden.

Das Zentrum der Organisation setzt sich nach wie vor aus den „Gefangenen der RAF und dem anti-imperialistischen Widerstand“ zusammen. Die RAF selbst rechnet zur Zeit dazu 32 Gefangene. Früher steuerten die Gefangenen den bewaffneten Kampf der RAF. Aus den Strafanstalten kamen sogar Einzelanweisungen für bewaffnete Aktionen. Dieser Vorrang der inhaftierten Mitglieder löste sich schon im Frühjahr 1984 auf. Das zeigt das bei der Festnahme der Kernmitglieder in Frankfurt und Karlsruhe im Juli 1984 vorgefundene „Planungs- und Diskussionspapier“. Inzwischen werden sowohl die Aktionen selbst als auch die Rechtfertigungserklärungen dazu ausschließlich von der Kommando-Ebene durchgeführt und formuliert. In den meisten Fällen geschieht das allerdings nach Rückkoppelung mit den Gefangenen. In Einzelfällen sind die Gefangenen erst nach erfolgter Aktion unterrichtet worden.

Der zweite Kreis der RAF ist die Kommando-Ebene, die nach wie vor aus etwa 20 Mitgliedern besteht. Die Kommandos operieren aus dem Untergrund. Die Mitkämpfer leben illegal mit falschen Namen und mit falschen Identitätspapieren.

Diesem Kreis vorgelagert ist ein engeres Umfeld von rund 200 Personen. Diese Mitglieder der RAF unterstützen die Kommandos logistisch und führen in Einzelfällen auch selbst kleinere bewaffnete Aktionen durch. Die für den bewaffneten Kampf zuständigen Mitglieder des engeren Umfeldes bezeichnen sich selbst — einigen Bekennerschreibern folgend — als „Illegale Militante“ der RAF. Ihre Anzahl dürfte höchstens 30 Personen betragen.

Der letzte Kreis kann als weiteres Umfeld oder als „legaler Arm“ der RAF bezeichnet werden. Er umfaßt rund 400 Unterstützer und Sympathisanten.

In dem Selbstbeichtigungsschreiben der RAF zu der Ermordung von Zimmermann wurde die „Strategie“ der RAF konkretisiert. Ziel der Anschläge ist jetzt der „Militärisch-Industrielle Komplex“ (MIK). Diese Zielvorgabe wird von der RAF dementsprechend „MIK-Strategie“ genannt.

Schon die Ermordung von General Audran und Ernst Zimmermann war bei der Linken auf Unverständnis gestoßen. Die Ermordung des amerikanischen Soldaten Pimental führte zu erheblichen Diskussionen auch im legalen Umfeld der RAF. Die Kommando-Ebene sah sich gezwungen, dazu in einem besonderen Papier Stellung zu nehmen. Die Erklärung trägt den Titel „An die, die mit uns kämpfen“. Die RAF übt darin Selbstkritik. Trotz der so gekennzeichneten Schwierigkeiten, ihre Aktionen dem Umfeld der militanten Linken zu „vermitteln“, d. h. zu rechtfertigen, führte die RAF danach weitere Mordanschläge durch. Am 9. Juli 1986 ermordete sie das Siemens-Vorstandsmitglied Karlheinz Beckurts; am 10. Oktober 1986 tötete sie den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl. Das Selbstbeichtigungsschreiben für den Mord an Karlheinz Beckurts ist unterzeichnet mit „Mara Cargol“. Dies ist der Name der Frau von Renato Curcio, dem Gründer der Roten Brigaden in Italien. Als Curcio in Haft war, hatte Frau Cargol vorübergehend die Führung der Roten Brigaden übernommen. Sie wurde am 9. Juni 1975 bei einem Schußwechsel mit der Polizei getötet. Der Mord an Ministerialdirektor Gerold von Braunmühl wurde von einem RAF-Kommando „Ingrid Schubert“ durchgeführt. Ingrid Schubert gehörte zu dem ursprünglichen harten Kern der RAF und verübte am 12. November 1977 in ihrer Zelle in München-Stadelheim Selbstmord.

2. Die „Revolutionären Zellen“ (RZ)

Die strategischen Konzepte der RZ waren von Anfang an davon bestimmt, gegenüber der RAF eine eigenständige Position zu beziehen. Die RZ wollen im Gegensatz zur RAF-Theorie, nach der

studentische Eliten die Revolution bestimmen sollen, eine Rückkoppelung zu den „Massen“. Das soll dadurch geschehen, daß man die einzelnen revolutionären Aktionen an konkrete gesellschaftspolitische Konflikte anknüpft. Aus dieser Grundüberzeugung entwickelte sich die sogenannte „Anknüpfungsstrategie“. Deren erste Devise lautet: „Aktionen primär unter dem Gesichtspunkt der Vermassung durchzuführen, d. h. sie dort anzusetzen und mit den Mitteln durchzuführen, die sie für die Leute machbar machen bzw. mit denen sie sich identifizieren können.“⁷⁾ Die Ausgabe der RZ-Zeitung „Revolutionärer Zorn“ vom Januar 1978, aus der das soeben aufgeführte Zitat entnommen wurde, enthält eine detaillierte Ausarbeitung der ideologischen Grundlagen der RZ; diese ist bis heute gültig.

Nach Auffassung der Theoretiker der RZ liegt die Macht der derzeit herrschenden Klasse in den Händen der Multinationalen Konzerne. Die fortschreitende Industrialisierung der Dritten Welt habe dem internationalen Kapital die Chance eröffnet, die frühere indirekte Abhängigkeit der betroffenen Länder vom Weltmarkt in eine direkte Abhängigkeit von den Multinationalen Konzernen zu verwandeln. Die Investitionsentscheidungen der internationalen Großkonzerne beeinflussen heute die Entwicklungsländer mehr als die Politik der Regierungen der industrialisierten Länder. Heute habe das transnationale Kapital die Möglichkeit, nur einen geringen Teil der in den Ländern der Dritten Welt erwirtschafteten Gewinne in den betreffenden Ländern zu re-investieren; der größte Teil werde in die Industrieländer — die „Metropolen“ — transferiert. Durch diese neue Form der Ausbeutung hätten sich die Multinationalen Konzerne zum Inbegriff des Imperialismus entwickelt.

In den Jahren 1983 und 1984 publizierten die RZ mehrere Papiere, die ähnliche theoretische Ansätze enthielten. Diese Publikationen zeigten allerdings schon erste Zweifel an der Möglichkeit, das revolutionäre Konzept der RZ zu verwirklichen. Im August 1983 erschien eine „Aufarbeitung gegen die Startbahn West“ in Frankfurt. Im Dezember 1983 folgte ein längerer Aufsatz über die Friedensbewegung. Im März 1984 publizierten die RZ ein Diskussionspapier zur 35-Stunden-Woche. Im Juni 1984 veröffentlichte die feministische Zeitschrift „emma“ ein Interview des Frauensektors der RZ „Rote Zora“.

Die Zweifel an den Erfolgsaussichten revolutionärer Gewalt in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation wurden besonders deutlich in dem Papier der RZ zur Friedensbewegung. In dieser Ausarbeitung beschäftigten sich die RZ zunächst mit einer ausführlichen Darstellung der

geopolitischen Situation. Im Hinblick auf den Ostblock wird ausgeführt, daß die Sowjetunion auch in Zukunft nicht über die ökonomische Potenz verfüge, die Länder der Dritten Welt mit Wirtschaftsmaßnahmen zu einer Übereinstimmung mit der sowjetischen Politik zu bewegen. Die Sowjetunion werde bei weiteren Versuchen, über Wirtschaftshilfe politische Abhängigkeiten zu begründen, sehr schnell an ihre Grenzen stoßen. Sie müsse sich dann auf „Reklamation eines weltpolitischen Idealismus im Namen der Völkerfreundschaft oder aber auf rein militärische Formen der Sicherung von Einflußzonen“ beschränken.

Die Friedensbewegung selbst wird in dem betreffenden Papier von den RZ als Hindernis für Erfolge in ihrem „revolutionären Kampf“ gesehen. Die RZ erkannten schon 1983, daß die Friedenskampagne eine Stationierung der Pershing II nicht verhindern würde. Sie folgerten aus dieser Einsicht, daß nach der Nachrüstung der NATO „die radikale Linke und zentrale Inhalte ihres (der Friedensbewegung) bisherigen Selbstverständnisses auf der Strecke bleiben“ würden.

Im einzelnen erläutert das Papier, daß der „zunehmende Einfluß der Grün-Alternativen, der Kirchen, der traditionellen Kommunisten und Sozialisten und schließlich der Integrationsapostel aus den Reihen der Sozialdemokratie“ einer Überleitung des Gedankens der Friedensbewegung in einen neuen Sozialismus der Befreiung entgegenwirken werden. Ganz abgesehen von den breiten Schichten des Bürgertums sei auch die radikale Linke auf dem Wege, „revolutionäre Gewalt“ zunehmend abzulehnen⁸⁾.

Diese Analyse führte die RZ dazu, mehr und mehr auf Gewaltaktionen zu verzichten. Aus zahlreichen Informationen des Verfassungsschutzes ist zu entnehmen, daß in Zusammenkünften einzelner RZ keine Pläne für neue Anschläge mehr erörtert, sondern durch Diskussionen über neue „revolutionäre Methoden“ ersetzt wurden. Immer wieder wurde die Frage gestellt, ob politisch-subversive Aktionen in der derzeitigen politischen Situation nicht mehr Erfolg versprechen als „revolutionäre Akte“.

Bis zum Beginn des Jahres 1985 durchliefen die RZ eine Phase operativer Abstinenz. Im Jahre 1982 schätzten die Verfassungsschutzbehörden die Anzahl der Mitglieder der RZ auf rund 200. Damals hatte die einzelne Zelle fünf bis acht Kämpfer. Diese Ordnung ist bis heute beibehalten worden. Im Jahre 1985 bezifferten die Verfassungsschützer die Mitglieder aller RZ aber nur auf etwa 50, höchstens auf 80. Das Schwergewicht ihrer Aktivitäten liegt nach wie vor im

⁷⁾ „Revolutionärer Zorn“, Nr. 4, Januar 1978, Seite 17.

⁸⁾ Sonderschrift der „RZ“ zur „Friedensbewegung“.

Rhein-Main-Gebiet, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin.

Auch während der „Offensive 84/85“ der RAF führten die RZ keine terroristischen Aktionen durch. Am 13. März 1985 veröffentlichte die linksorientierte „taz“ eine Stellungnahme der RZ zu den Gewaltaktionen der RAF⁹⁾. Diese Bewertung der RAF-Offensive stieß bei einigen Anhängern der RZ auf Widerspruch¹⁰⁾. Aus dieser Diskrepanz ergibt sich, daß die RZ Anfang 1985 noch keine einheitliche Linie gefunden hatten, sich von der Strategie und der Ideologie der RAF abzugrenzen. Erst nach dem Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gingen die RZ erneut zu Operationen über. Sie „bestrafen“ mit vier Bombenanschlägen verschiedene Firmen, die durch ihre Politik oder mit ihren Geschäftsbeziehungen angeblich die streikenden britischen Bergarbeiter bekämpft hatten.

Am 28. April 1985 verübten sie mehrere Sprengstoffanschläge gegen das Gebäude des Arbeitgeberverbandes und gegen eine Filiale der Firma Hoechst in Köln sowie gegen ein Gebäude der Deutschen Bank in Düsseldorf. Am 30. Mai zerstörten sie durch einen Sprengstoffanschlag eine unterirdische Öl-Pipeline der NATO in der Nähe von Frankfurt. Am 7. Oktober verübten die RZ einen Sprengstoffanschlag gegen einen Ausstellungsraum der Firma Daimler-Benz in Köln. Es entstand ein Sachschaden von DM 150 000,—. In dem schriftlichen Tatbekenntnis wurde der Anschlag als „Rache für den ermordeten Genossen Günter Sare“ bezeichnet. Sare hatte bei einer Demonstration am 28. September 1985 in Frankfurt den Tod gefunden. Daimler-Benz wurde als Zielobjekt ausgewählt wegen der Bedeutung als „Inbegriff des deutschen Kapitalismus und Imperialismus“. Am gleichen Tag explodierte eine Bombe im Botanischen Institut der Universität Köln und verursachte einen Sachschaden von rund DM 30 000,—. Die RZ bezeichneten das

Universitäts-Institut als einen „strategischen Sektor“, weil es sich angeblich mit Bio- und Gentechnologie beschäftige. Für den Anschlag übernahm ein „Kommando Wilfried Böse“ die Verantwortung. Wilfried Böse war ein Mitglied der RZ, das nach einer Flugzeugentführung in Entebbe den Tod fand. Am 19. Dezember verübten die RZ einen Brandanschlag gegen Produktions- und Lagerhallen der Firma Brüggemann & Brand in Wetter-Wengern (NRW). Es entstand ein Sachschaden von 8 bis 10 Millionen DM. Die RZ rechtfertigten das Attentat damit, daß die Firma Geschäftsbeziehungen zur Republik Südafrika unterhalte. Am gleichen Tag verübten die RZ einen weiteren Brandanschlag gegen einen Lkw der Fahrzeugwerke Lueg in Bochum-Wattenscheid. Die Firma Lueg unterhält ebenfalls Geschäftsbeziehungen zur Republik Südafrika. Am 11. Februar 1986 versuchten die RZ, ein Gebäude der South Africa Foundation (SAF) in Bonn in die Luft zu sprengen. Auch diese Aktion galt der „Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika“.

Im Jahre 1986 verübten die RZ insgesamt 14 Anschläge, von denen sich zehn gegen Objekte richteten, die im Zusammenhang mit der Asylantenfrage standen. Am 28. Oktober 1986 verletzten sie den Chef des Ausländeramtes in Berlin, Harald Hollenberg, durch Schüsse in die Beine. Damit griffen sie zurück auf die schon vorher geübte Praxis, italienischen Beispielen zu folgen. Am 31. Mai 1978 hatten Mitglieder der RZ in Berlin einen Pflichtverteidiger im Prozeß gegen die Attentäter in den Fällen von Drenkmann und Lorenz mit Beinschüssen verwundet und den Pkw eines anderen Pflichtverteidigers im gleichen Verfahren in die Luft zu sprengen versucht. Die Bombe konnte noch rechtzeitig entschärft werden. Am 11. Mai 1981 töteten Mitglieder der RZ den hessischen Finanzminister Heinz-Herbert Karry mit Schüssen durch dessen Schlafzimmerfenster.

VI. Gegenmaßnahmen

Die Aktionen der RAF entwickelten sich in einem Klima, das zunächst die Terroristen begünstigte. Die Taten wurden mit den Motiven der Täter erklärt. Die Ursachen für den Terrorismus wurden in gesellschaftspolitischen Entwicklungen gesucht. In der Berichterstattung der Medien fand die Schilderung vorgeblichen Fehlverhaltens in der Fahndung breiteren Raum als die Würdigung der Opfer. Das trifft auch zu auf den Roman Heinrich Bölls über „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“.

⁹⁾ „taz“ vom 13. Februar 1985.

¹⁰⁾ „taz“ vom 21. Februar 1985.

Zwei Wochen nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. April 1977 erschien in der Studentenzeitung „göttinger nachrichten“ ein „Nachruf“ auf den Ermordeten, in dem der anonyme Verfasser seine „klammheimliche Freude“ an dem Tod Bubacks „nicht verhehlen“ konnte. Der Artikel war mit „Mescalero“ unterzeichnet. Der „Nachruf“ war von einer Sprache der Gewalt durchzogen, die die Hemmschwelle zum Töten praktisch herabsetzte. Gleichwohl erschien im Juni 1977 eine „Dokumentation“ zu diesem Papier, die vorgab, „das Recht auf freie politische Meinungsäußerung praktisch wahrzunehmen“ und „einen Denkpro-

zeß über Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft in Gang zu setzen“. Diese „Dokumentation“ war von 43 Hochschul-Professoren, einem Akademischen Oberrat und vier Rechtsanwälten herausgegeben worden. Die Herausgeber gaben an keiner Stelle zu erkennen, daß sie sich von der Auffassung des „Mescalero-Nachrufs“ distanzieren¹¹⁾.

Ebenfalls nach der Ermordung von Siegfried Buback schrieb der in London lebende Schriftsteller Erich Fried ein Gedicht über diesen Tod. Darin führte er aus: „Dieses Stück Fleisch — glaubte Recht zu tun — und tat Unrecht.“ Als williger Erfüllungsgehilfe einer Justiz, die ihre eigene Rolle nicht zu erkennen vermöge und nicht in der Lage sei, Klasseninteressen zu unterscheiden, sei Buback ein Teil des Unrechts gewesen. Das gesamte Gedicht zielt darauf ab, die Verfolgung von Mördern und von Feinden des demokratischen Rechtsstaates, die mit höchster krimineller Energie ausgestattet sind, als Unrecht zu brandmarken¹²⁾.

Bis heute sind die Diskussionen um die Hintergründe der Ermordung Ulrich Schmücker nicht verstummt. Schmücker wurde am 5. Juni 1974 von einem Kommando der „Bewegung 2. Juni“ getötet. Die Vorwürfe gipfeln darin, daß der Verfassungsschutz die Ursache für diesen Mord setzte, als er mit dem „Verräter“ Schmücker Verbindung aufnahm und es später unterließ, ihn zu beschützen. Im Vordergrund der Argumentation steht damit der Versuch, den Sicherheitsbehörden Schuld zuzuweisen.

In dieser Atmosphäre war es zunächst schwierig, die Notwendigkeit administrativer und gesetzgeberischer Gegenmaßnahmen zu vermitteln. Von 1971 bis 1978 beschloß das Parlament verschiedene Gesetzesreformen, die auf eine Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten und eine härtere Bestrafung von Terroristen hinzielten. Durch das 11. Strafrechtsänderungsgesetz von 1971 wurde die Entführung von Luftfahrzeugen oder Attentate auf Luftfahrzeuge mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bedroht. Durch das 12. Strafrechtsänderungsgesetz (ebenfalls 1971) wurde der Anwendungsbereich des Tatbestandes einer erpresserischen Entführung auch auf den Schutz Erwachsener erweitert und der Tatbestand gegen Geiselnahme eingeführt.

Im Jahre 1972 wurde das Verfassungsschutzgesetz novelliert und den Behörden des Verfassungsschutzes die Zuständigkeit zur Beobachtung

¹¹⁾ „Buback-Nachruf — Eine Dokumentation“, Berlin 1977.

¹²⁾ Erich Fried, So kam ich unter die Deutschen, Hamburg 1977, S. 103 ff.

terroristischer Bestrebungen gegeben. Durch das 14. Strafrechtsänderungsgesetz im Jahre 1976 wurden Strafbestimmungen gegen die verfassungsfeindliche Befürwortung schwerer Gewalttaten und die Anleitung zu solchen Gewalttaten eingeführt.

Das Recht der Verteidigung wurde teilweise neugestaltet. Ein Strafverteidiger kann von der Verteidigung ausgeschlossen werden, wenn er dringend verdächtig ist, an der Tat des Beschuldigten beteiligt zu sein oder den Verkehr mit inhaftierten Mandanten zu Straftaten zu mißbrauchen. Die Möglichkeit, eine Hauptverhandlung auch in Abwesenheit des Angeklagten durchzuführen (z. B. bei einem Hungerstreik), wurde erweitert (Gesetz zur Ergänzung des ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts, 1974).

Die Zugehörigkeit zu einer Terroristengruppe wurde mit schwerer Strafe bedroht, die Anzeigepflicht auch auf Straftaten dieser terroristischen Vereinigungen erstreckt. Die Überwachung des schriftlichen Verteidigerverkehrs wurde ermöglicht (Gesetz zur Änderung des StGB und der StPO, 1976). Das „Kontaktsperregesetz“ entstand aus der Erkenntnis, daß die zeitweilige völlige Unterbrechung aller Kontakte mit inhaftierten Terroristen die Chancen zur Rettung einer Geisel wesentlich erhöhen kann (Änderung zum Einführungsgesetz GVG, 1977).

Im Jahre 1978 wurde durch ein neues Gesetz zur Änderung der StPO die Durchsuchung aller Wohnungen eines Gebäudes und die Einrichtung von Kontrollstellen bei der Fahndung nach terroristischen Gewalttätern ermöglicht. In Fällen terroristischer Gewalthandlungen wurde für die Besuche von Verteidigern in den Haftanstalten eine Trennscheibe zwischen Verteidigern und Mandanten zwingend vorgeschrieben.

Hand in Hand mit den Gesetzesnovellen wurden die Sicherheitsbehörden verstärkt und organisatorisch gestrafft. Die Zahl der Stellen des Bundeskriminalamtes zum Beispiel erhöhte sich von 933 im Jahre 1969 auf mehr als 2 500 im Jahre 1977. Der Austausch von Informationen über Terror-Organisationen und terroristische Gewalttäter mit den Sicherheitsbehörden befreundeter Staaten wurde institutionalisiert.

Dieses Instrumentarium, das Parlament und Regierung geschaffen haben, reicht grundsätzlich aus, Fahndung und Strafverfolgung zu gewährleisten, wenn erste Ansatzpunkte zur Fahndung gefunden wurden. Die Institution des Kronzeugen kann die Chancen verbessern. Zweifelhaft bleibt, ob die Aussicht auf Strafbefreiung auch Mitglieder des harten Kerns der RAF zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden bewegen kann.

VII. Aussichten

1. Die „Revolutionären Zellen“ (RZ)

Die RZ sind auf dem Wege, zu der Konsistenz zurückzufinden, die sie Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre hatten. Die Periode der Diskussionen über den richtigen Weg zur Revolution, die von Dezember 1983 bis Februar 1985 andauerte, ist offensichtlich beendet. In der innerorganisatorischen Auseinandersetzung über die RAF-Morde an General Audran und Ernst Zimmermann, die sich in verschiedenen Stellungnahmen in der „taz“ niederschlug¹³⁾, scheinen die Berliner RZ sich durchgesetzt zu haben. Nach dem Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gingen die RZ erneut zu Operationen über. Im Jahre 1986 richteten sich zehn von 14 Anschlägen gegen Objekte, die mit der Asylantenfrage in Zusammenhang standen. Am 28. Oktober schossen Mitglieder der RZ den Chef des Berliner Ausländeramtes, Harald Hollenberg, in die Beine. Das kann zunächst nur als Ergebnis der besonderen Berliner Situation bewertet werden. Grundsätzlich konzentrieren sich die RZ wieder auf Objekte, die Symbol sind für im Augenblick geführte politische Diskussionen. Durch Aktionen gegen derartige Ziele hoffen sie, erneut Anschluß an politische Bewegungen und eine Rückkoppelung zu den Massen zu finden. Für die nahe Zukunft werden wahrscheinlich im Vordergrund stehen: Operationen gegen Einrichtungen der Datenverarbeitung, gegen Firmen, die mit Südafrika zusammenarbeiten oder die die südafrikanische Republik repräsentieren, und gegen Unternehmen, die sich mit Kernenergie beschäftigen. Personen werden grundsätzlich nicht Angriffsziel sein.

2. Die autonome Linke und die RAF

Von einem begrenzten Bereich der Sicherheitsbehörden und einem Teil der mit Sicherheitsfragen befaßten Politik wird behauptet, die RAF rekrutiere ihre „Illegalen Militanten“ und die Kader ihrer Kommandos aus den Aktivisten der autonomen Linken. Zur Begründung wird eine Auflistung von Fällen angeboten, in denen spätere Genossen der RAF vor Beginn ihrer Aktionen, die die Tötung von Menschen einkalkulierten, als Hausbesetzer, bei Demonstrationen gegen Kernkraftanlagen oder bei gewaltsamen Kundgebungen gegen amerikanische Einrichtungen tätig waren. In den meisten dieser Fälle gehörten die betreffenden RAF-Mitglieder aber schon zu Hilfsorganisationen der RAF, wie z. B. zu „Komitees gegen Isolationsfolter“, zur „Roten Hilfe“ oder zur „Schwarzen Hilfe“, als sie sich bei

Hausbesetzungen oder Gewaltdemonstrationen engagierten.

Eine derartige Aufzeichnung angeblicher Entwicklungsabläufe verkürzt darüber hinaus die Ursachenforschung über den derzeitigen deutschen Terrorismus auf einen Punkt, der allenfalls marginale Bedeutung hat. Sie stempelt die politisch motivierten Gewalttäter der autonomen Gruppen zu potentiellen Mördern und verdeckt den deutlichen Gegensatz zwischen den Autonomen und der RAF. Das spielt letztlich den Terroristen in die Hände.

Die autonome Linke hält friedliche Protestformen letztlich für unwirksam. Ihre Aktionen umfassen massive Störungen von Veranstaltungen politischer Gegner, Ausschreitungen bei Demonstrationen, Sabotageaktionen etwa gegen Firmen, die am Bau von Kernkraftanlagen beteiligt sind, sowie Brand- und Sprengstoffanschläge. Da alle Autonomen dezentralisierte Aktionen bevorzugen, sind die entsprechenden Anschläge schwer vorzusehen, aufzuklären oder zu verhindern. Das strategische Ziel der Autonomen bleibt immer, durch unmittelbare Aktionen Widerstand zu dokumentieren und den Staat anzugreifen.

Die Autonomen verstehen sich als Basisbewegung, in der „direkte Demokratie“ praktiziert wird. Sie sind anarchistisch orientiert. Dies stimmt überein mit ihrer Organisationsfeindlichkeit. Je nach dem taktischen Ziel ihrer Aktivitäten verstehen sie sich als Hausbesetzer, AKW-Gegner oder „Antifaschisten“ und bezeichnen sich auch so. Sie arbeiten dabei mit anderen AKW-Gegnern oder „antifaschistischen“ Gruppen zusammen, die sich im Gegensatz zu den autonomen Gruppen nur auf ihr spezielles Arbeitsfeld beschränken. Häufig besteht Übereinstimmung auch mit den Angriffszielen und Feindbildern von Gruppen, die dem Umfeld der RAF zuzurechnen sind. Von diesen Gruppen unterscheiden sich die Autonomen aber sowohl durch ihre lockere Struktur, die Unabhängigkeit verbürgt, als auch durch ihre Ablehnung marxistisch-leninistischer Konzeptionen.

Bisher ist es den Autonomen nicht gelungen, überregionale Strukturen aufzubauen. Dies würde auch ihrem Selbstverständnis widersprechen. Nur bei einigen Anlässen, die von den Autonomen als besonders provozierend empfunden wurden, kam es zu Demonstrationen mit bundesweiter Beteiligung, so etwa bei der öffentlichen Gelöbnisfeier von Rekruten in Bremen am 6. Mai 1980, beim Besuch von Ronald Reagan am 11. Juni 1982 in Berlin, beim Besuch von George Bush am 25. Juni 1983 in Krefeld und bei Protesten gegen das AKW Brokdorf und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

¹³⁾ „taz“ vom 13. Februar 1985 und 21. Februar 1985.

Einige Anschlagsmethoden der Autonomen ähneln der Taktik der „Revolutionären Zellen“. Die Autonomen selbst sind aber keine Terroristen. Ihnen fehlt ein langfristiges politisches Konzept. Ihre Anschläge sind in sich so inkonsequent, daß aus ihnen bisher kein systematischer Kampf für politische Ziele entwickelt werden konnte.

Die RAF will die Autonomen als Teil des militanten Spektrums der von ihr proklamierten „Anti-imperialistischen Front in Westeuropa“ in ihre Gesamtstrategie einbeziehen. Sie versuchte den entsprechenden Durchbruch mit der von RAF-Anhängern organisierten „Konferenz über den Anti-imperialistischen Widerstand in Europa“ vom 31. Januar bis 4. Februar 1986 in Frankfurt. Die Veranstaltung war sorgsam vorbereitet. Die Bemühungen der RAF waren flankiert durch eine Sondernummer der Untergrundzeitungen „De Knipselkrant“ und „Ligne Rouge“¹⁴). „De Knipselkrant“ publiziert fortlaufend Geschehnisse aus dem Bereich des westeuropäischen Terrorismus bis hin zu den Texten von Selbstbeziehungsschreiben einzelner Terror-Organisationen. „Ligne Rouge“ ist das Sprachrohr der belgischen Terror-Organisation „Kämpfende Kommunistische Zellen“ (CCC).

Trotz dieser für die RAF vorteilhaften Ausgangslage kam es zu keinem Konsens zwischen den deutschen Terroristen und der autonomen Linken. Die Anhänger der autonomen Gruppen kritisierten die Ermordung des US-Soldaten Edward Pimental, der am 8. August 1985 von Mitgliedern der RAF durch Genickschuß getötet wurde. Sie distanzierten sich von dem elitären Anspruch der RAF und setzten sich ab von den Indoktrinierungsversuchen des RAF-Umfeldes. Die Veranstaltung, die als eine Art Heerschau der militanten Anhänger der RAF geplant war, wurde für die RAF zu einem Mißerfolg.

Die Autonomen nehmen bei der Wahl ihrer Kampfformen keine Rücksicht auf Aktionspartner. Im Vordergrund ihrer Aktivitäten steht immer die eigene Person. Aus der subjektiv von ihnen erfahrenen „Entfremdung“, die vom jungen Marx beschrieben wurde, versuchen sie in einen Prozeß der „Selbstverwirklichung“ überzutreten. Ideologien lehnen sie ab. Sie arbeiten zwar manchmal punktuell mit dem Umfeld der RAF zusammen, wollen sich aber nicht von der RAF für deren Ziele einspannen lassen. Sie sind kein Rekrutierungsreservoir für das Umfeld der RAF, geschweige denn für die „Illegalen Militanten“ oder die Kommandos der RAF.

¹⁴) „Der bewaffnete Kampf als strategische und taktische Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution“, Ligne Rouge und De Knipselkrant, Bruxelles und Groningen 1986.

Theorie-Verzicht war in Ansätzen schon bei der ersten RAF-Generation sichtbar. Ulrike Meinhof verdeutlichte das in einer Auseinandersetzung mit Horst Mahler, von dem sie behauptete, er sei über die Klassiker zur Praxis gekommen. Sie selbst sei den umgekehrten Weg gegangen, nämlich „von der praxis zu den klassikern, anders ausgedrückt: wenn man aufhört, sich bevormunden zu lassen, fängt man überhaupt erst an, von ihnen zu lernen. nicht die raf hat recht, weil dies alles schon bei lenin steht, sondern lenin ist gut, weil er dasselbe sagt wie die raf — und deswegen ist er auch ne autorität für uns“¹⁵). Damit war Theorie nicht mehr mögliche Korrektur für die Praxis, sondern diente nur noch als Legitimation für bereits durchgeführte Aktionen.

Aus Theorie-Verzicht folgten Theorie-Defizite, die sich bei den Nachfolgegruppen vergrößerten. Die intellektuelle Basis, sich mit den eigenen revolutionären Zielvorstellungen argumentativ auseinanderzusetzen, wurde schmaler. Das führte zur Isolierung. Der linke Sympathiesantensaum schwand. Das förderte umgekehrt einen Immunsierungsprozeß, der die Gruppe von früher empfundenen Abhängigkeiten frei machte und nach außen abschottete. Die schon anfangs gegebene innere Stabilität der RAF verstärkte sich. Mit Kronzeugen aus der engeren RAF-Organisation wird man kaum rechnen können.

Die Ermordung des amerikanischen Soldaten Edward Pimental am 8. August 1985 führte zu Diskussionen bis in das unmittelbare Umfeld der RAF. Sie zwangen die RAF erstmals wieder zur theoretischen Erörterung ihrer strategischen Ziele. Die Erklärung endete in Selbstkritik.

Das hinderte die RAF nicht, neue Anschläge durchzuführen. Ihr Anspruch, in einer neuen europäischen Front gegen den Imperialismus zu kämpfen, wurde nicht zurückgenommen. Die Ermordung von Karlheinz Beckurts und Gerold von Braunmühl unterstrich diesen Anspruch gegenüber der sympathisierenden Linken sogar noch. Die generelle Identität der Ziele der RAF mit der Strategie anderer europäischer Terror-Einheiten wie zum Beispiel der belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“ (CCC) und der italienischen „Brigate Rosse“ motiviert auch die Anhänger der RAF. Die RAF hält die Entwicklung zu einer gemeinsamen europäischen Guerilla-Bewegung für möglich.

Als Ersatz für fehlende ideologisch-strategische Papiere produzieren RAF-Genossen aus dem legalen Umfeld seit Dezember 1984 die Zeitschrift „Zusammen kämpfen, Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa“, von der bisher

¹⁵) Zitiert nach Iring Fetscher/Günter Rohmoser, Ideologien und Strategien, Opladen 1981, S. 75.

sechs Nummern erschienen sind. Es handelt sich um eine Untergrundzeitung, die auf dem Titelblatt die Aufforderung trägt: „vervielfältigen — weitergeben!“ Durchgängig alle Artikel der Zeitschrift versuchen, entweder Aktionen der RAF (und der AD) zu rechtfertigen oder berichten über Entwicklungen in anderen europäischen Terroristen-Organisationen. Die Rechtfertigungsversuche und die in einigen Fällen abgedruckten Bekennterschreiben enthalten einige theoretische Fragmente. Aus ihnen läßt sich aber keine geschlossene und zukunftsweisende Theorie herauslesen. Die „Aktion“ steht nach wie vor im Vordergrund; der „Primat der Praxis“ ersetzt die Theorie. Die Anschläge selbst sind Strategie und gehören in eine „Phase der bewaffneten Propaganda“, durch welche die „revolutionären kommunistischen Ideen“ verbreitet werden.

Die Resonanz auch bei nicht-deutschen Organisationen wird den Aktionswillen der RAF stärken. Der Verlust von zukunftsweisenden strategischen Bezügen wird ihre Operationen noch kurzschlüssiger, direkter und weniger kalkulierbar machen als bisher. Die „Offensive 84/85“, die mit der Ermordung von Ernst Zimmermann und dem Abbruch des Hungerstreiks endete, hat schon gezeigt, daß die Gefangenenerbefreiung nicht mehr im Vordergrund des RAF-Konzeptes steht. Ziel der genannten Offensive war vielmehr „nur“ die Zusammenlegung der Gefangenen. Mit Geiselnahmen wird man deshalb nicht mehr rechnen müssen. Kern der künftigen Operationen werden gezielte Anschläge gegen Personen und Objekte der US-Streitkräfte, der NATO und der Bundeswehr sowie des „Militärisch-Industriellen Komplexes“ sein.

Der internationale Terrorismus

„Der Dritte Weltkrieg hat begonnen“, sagte der berühmte Terrorist Carlos im Jahr 1975 zu seinen Geiseln in Wien. Ein französischer Soldat in Beirut, der den Bombenanschlag eines terroristischen Selbstmordkommandos, bei dem 58 seiner Kameraden getötet wurden, überlebte, machte eine ähnliche Äußerung: „Unsere 58 Kameraden sind möglicherweise die ersten Toten des Dritten Weltkriegs.“ Im Gegensatz zu früheren Kriegen wurde dieser Krieg nicht durch ein bestimmtes Ereignis ausgelöst. In der Tat kann niemand mit Sicherheit sagen, wann oder wo er begann.

Es ist nicht der Krieg, auf den sich die Armeen der Vereinigten Staaten und anderer Länder vorbereitet haben. Es gibt keine massiert auftretenden Truppenverbände, die über eine Hauptkampflinie strömen, keine Divisionen auf dem Vormarsch, keinen Einsatz von Kampfflugzeugen. Es handelt sich vielmehr um hundert Kriege, die von schwer greifbaren und skrupellosen Gegnern geführt werden. Sie treten unter verschie-

dener Flagge auf: Die Rote Armee Fraktion, Die Roten Brigaden, Die Streitkräfte der Nationalen Befreiung, Die Revolutionären Streitkräfte, Die Revolutionäre Volksarmee, Die Volksfront, Der Heilige Krieg.

Obleich die Verluste zahlenmäßig gering sind im Vergleich zu den Verlusten in einem herkömmlichen Krieg, kommt ihnen nichtsdestoweniger eine symbolische und politische Bedeutung zu. Terroristen haben die Außenpolitik verändert. Sie haben die Möglichkeiten zur Durchsetzung von Politik beeinträchtigt. Sie haben aufgezeigt, welche Schwierigkeiten es Staaten bereitet, zurückzuschlagen. Sie haben den Staat gezwungen, zunehmend Mittel bereitzustellen, um staatliche Einrichtungen gegen ihre Anschläge zu schützen. Trotz verstärkter Bemühungen seitens der Regierungen, den Terrorismus zu bekämpfen, wird er in den achtziger Jahren und darüber hinaus ein schwerwiegendes Problem bleiben.

Die Definition des Terrorismus

Was meinen wir eigentlich genau, wenn wir von Terrorismus sprechen? Wie unterscheidet sich der Terrorismus vom gewöhnlichen Verbrechen? Ist jede politisch motivierte Gewalt Terrorismus? Ist Terrorismus ein Synonym für den Guerillakampf, oder ist der Begriff eigentlich jenen vorbehalten, die versuchen, Regierungen zu stürzen? Können auch Regierungen Terroristen sein? Worin besteht der Unterschied, ob man einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen in eine Botschaft hineinfährt oder hochexplosiven Sprengstoff über einer Stadt abwirft? Wie können wir brauchbare Unterscheidungen treffen? Praktisch alle Diskussionen über den Terrorismus geraten früher oder später in das Dickicht der Definitionen.

Für den Begriff „Terrorismus“ gibt es keine genaue oder allgemein anerkannte Definition. Wenn es nur um eine Beschreibung ginge, wäre es einfach, eine Definition zu geben: Terrorismus ist Gewalt oder die Androhung von Gewalt in der Absicht, eine Atmosphäre von Furcht und Schrecken — mit einem Wort: Terror — zu verbreiten und dadurch eine gesellschaftliche oder politische Veränderung herbeizuführen. Dies kommt der Definition ziemlich nahe, die ein südamerikanischer Jurist vor mehr als 20 Jahren vorgeschlagen hat; sie besagt, daß unter Terrorismus

Handlungen zu verstehen sind, die an sich klassische Verbrechen darstellen können — Mord, Brandstiftung, Sprengstoffgebrauch —, die sich jedoch von herkömmlichen Verbrechen dadurch unterscheiden, daß sie „in der wohlüberlegten Absicht begangen werden, Panik, Chaos und Terror innerhalb eines Gesellschaftssystems zu verursachen“¹⁾.

Während diese Definition den Terrorismus in den Bereich des Verbrechens verweist, leben wir aber in einer Welt, die die Legitimität von Kriegen und das Recht auf Revolution anerkennt. Zur Jahrhundertwende waren sozialistische Revolutionäre in Rußland stolz darauf, sich selbst als Terroristen zu bezeichnen. Sie verfügten über einen terroristischen Zweig, der zutreffend als ‚Terroristische Brigade‘ bezeichnet wurde, und sie hofften, durch gezielte Morde Schrecken unter der russischen Regierungselite zu verbreiten. Sie achteten darauf, keine Unbeteiligten zu verletzen, und wenn das von ihnen ausgewählte Op-

¹⁾ Inneramerikanischer Rechtsausschuß, Begründung des Entwurfs für ein Abkommen über Terrorismus und Entführung, 5. Oktober 1970, OAS Dokument CP/doc. 54/70, rev. 1, 4. November 1970; dabei wird Eduardo Jimenez Arechaga in einer Studie zitiert, die im ‚Anuario Uruguayo de Derecho Internacional, 1962‘ veröffentlicht wurde.

fer sich in Begleitung von Familienmitgliedern befand, sahen sie von dem Anschlag ab. Ironischerweise sind die heutigen Terroristen weniger wählerisch bei ihren Aktionen und mehr mit dem Bild beschäftigt, das sie in der Öffentlichkeit abgeben. Im Zeitalter der Massenmedien ist ‚Terrorismus‘ ein abwertender Begriff geworden. Terroristen geben sich heute alle möglichen Bezeichnungen, aber nicht die des Terroristen.

„Niemand, der ‚für eine gerechte Sache eintritt‘, ist ein Terrorist“, sagte Arafat vor den Vereinten Nationen. Wenn wir Arafats Aussage übernehmen, wird das Definitionsproblem noch komplizierter, da die Rechtmäßigkeit einer Sache in die Kriterien mit einbezogen werden muß. Daraus resultiert, daß es nur in dem Maße Übereinstimmung darüber geben kann, ob eine Tat eine terroristische Handlung ist oder nicht, wie jeder mann weltweit die Rechtmäßigkeit einer bestimmten Sache anerkennt.

Einige Regierungen sind geneigt, alle von ihren politischen Gegnern begangenen Gewalttaten als Terrorismus zu bezeichnen, während regierungsfeindliche Extremisten häufig behaupten, Opfer von Regierungsterror zu sein. Die Verwendung des Begriffs beinhaltet also eine moralische Wertung. Wenn eine Gruppe ihren Gegner erfolgreich mit dem Etikett ‚Terrorist‘ versieht, dann hat sie indirekt andere dazu gebracht, ihren moralischen und politischen Standpunkt zu übernehmen oder zumindest den Standpunkt der Terroristen abzulehnen. Durch diese Grenzziehung zwischen dem, was legitim ist, und dem, was illegitim ist, sowie zwischen der *richtigen* und *falschen* Art zu kämpfen, werden bei der Aufgabe der Definitionsfindung hochpolitische Interessen ins Spiel gebracht.

Der Terrorismus ist in den vergangenen Jahren zu einem Schlagwort geworden, das wahllos auf verschiedene Gewalttaten angewendet wird, die nicht unbedingt dazu dienen sollen, Schrecken zu erzeugen. Es ist wichtig, zwischen Aktionen zu unterscheiden, die Terror verbreiten sollen, und Aktionen, die nur nebenbei Schrecken erzeugen. Straßenräuber können die Bevölkerung eines großen Stadtgebietes in Schrecken versetzen, aber der von ihnen erzeugte Terror ist ein Nebenprodukt ihrer Verbrechen; sie haben es auf Brieftaschen und Uhren abgesehen und nicht darauf, Angst auszulösen.

Die Schwierigkeiten bei der Definition des Terrorismus haben zu der klischeehaften Redensart geführt, daß der Terrorist des einen der Friedenskämpfer des anderen ist. Diese Redensart beinhaltet, daß es keine objektive Definition des Terrorismus geben kann und daß es keine allgemeingültigen Verhaltensnormen in Konfliktfällen gibt. Die zivilisierten Länder haben jedoch krimi-

nelle Verhaltensweisen gesetzlich definiert. Mord, Entführung, Androhung von Mord und die vorsätzliche Zerstörung von Eigentum tauchen in den Strafgesetzbüchern aller Länder auf. Es stimmt zwar, daß gegen einige Verbote in Kriegszeiten legal verstoßen werden darf — das Gesetz gegen das Töten darf beispielsweise von denen verletzt werden, die wir als „rechtmäßige Kämpfer“ bezeichnen. Terroristen behaupten, sie seien keine Kriminellen, sondern Soldaten im Kriegseinsatz, die das Sonderrecht genießen, ordentliche Gesetze zu brechen. Aber selbst im Krieg gibt es Vorschriften, durch die die Anwendung bestimmter Waffen und Vorgehensweisen für ungesetzlich erklärt wird.

Einige Anwälte für internationales Recht sehen das Kriegsrecht als eine mögliche Lösung für das Definitionsdilemma an. Anstatt zu versuchen, neue Verträge über den Terrorismus auszuhandeln, deren Ratifizierung oder Durchsetzung unwahrscheinlich ist, schlagen sie vor, daß die Länder das Kriegsrecht anwenden sollten, auf das sich fast alle geeinigt haben. Terroristen, so sagen sie, sollten wie Soldaten behandelt werden, die Greuelthaten begehen. Fast alle Länder haben sich darauf geeinigt, Soldaten, die in internationalen bewaffneten Konflikten Greuelthaten begehen, vor Gericht zu stellen oder auszuliefern. Warum sollte Personen, die nicht ausdrücklich den Status eines Soldaten genießen, größerer Freiraum beim Begehen von Gewalttaten eingeräumt werden als Soldaten? Wenn das Kriegsrecht Anwendung fände, würde Terrorismus alle die Taten umfassen, die in Friedenszeiten begangen werden und die in Kriegszeiten Kriegsverbrechen darstellen würden.

Terrorismus kann objektiv durch die Art der Handlung definiert werden, nicht aber durch die Persönlichkeit der Täter oder die Natur ihrer Beweggründe. Alle Terrorakte sind Verbrechen, und viele wären ebenfalls Kriegsverbrechen oder „schwerwiegende Verstöße“ gegen die Kriegsregeln, wenn wir uns die Erklärung der Terroristen zu eigen machten, daß sie Krieg führen. Alle wenden Gewalt oder die Androhung von Gewalt an, manchmal verbunden mit klaren Forderungen. Ihre Ziele sind politischer Natur. Die Taten werden oft so ausgeführt, daß sie ein Höchstmaß an Publizität erlangen. Die Täter sind gewöhnlich Mitglieder einer organisierten Gruppe. Ihre Organisationen sind notwendigerweise geheim, aber im Gegensatz zu anderen Kriminellen bekennen sich Terroristen oft zu ihren Taten. Und schließlich — das Kennzeichen des Terrorismus — sollen die Handlungen über den unmittelbaren körperlichen Schaden hinaus eine psychologische Wirkung zeigen.

Diese Kriterien räumen zwar nicht alle Unklarheiten aus, sie versetzen uns aber in die Lage, einige Grenzen abzustecken und einen Teil der

Fragen zu beantworten. Terrorismus unterscheidet sich vom gewöhnlichen Verbrechen durch seinen politischen Zweck und seine grundlegende Zielsetzung. Weder der gewöhnliche Bankräuber noch der Mann, der auf Präsident Reagan schoß, ist ein Terrorist, wie auch nicht jede politisch motivierte Gewalt Terrorismus ist. Der „Minuteman“²⁾ des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und der Rebell in Mittelamerika haben beide politische Motive, sie sind jedoch nicht automa-

tisch Terroristen. Terrorismus ist nicht gleichzusetzen mit Guerillakrieg oder irgendeinem anderen Krieg, und der Begriff ist nicht ausschließlich auf jene anwendbar, die versuchen, Regierungen zu stürzen. Der linke Meuchelmörder und die rechte Todesschwadron, die im geheimen auf Weisung eines Innenministeriums arbeitet, wenden die gleichen Methoden zu dem gleichen Zweck an — Furcht zu verbreiten und die politische Lage zu verändern.

Unterschiedliche Auffassungen vom Konfliktfall

Der internationale Terrorismus beinhaltet jene terroristischen Vorfälle, die eindeutige internationale Auswirkungen haben: Vorfälle, bei denen Terroristen ins Ausland fahren, um dort zuzuschlagen; Vorfälle, bei denen die Terroristen zwar in ihrem Heimatland bleiben, aber ihre Opfer aufgrund ihrer Verbindungen zu einem anderen Land auswählen (z. B. Diplomaten oder die Führungskräfte ausländischer Unternehmen), ferner Anschläge auf internationale Verkehrslinien (z. B. Flugzeuge). Nicht inbegriffen ist die große Zahl terroristischer Gewalttaten, die von Terroristen innerhalb ihres eigenen Landes gegen ihre eigenen Landsleute und in vielen Ländern von Regierungen gegen ihre eigenen Staatsangehörigen begangen werden. Beispielsweise würde man irische Terroristen, die in Belfast andere Iren oder auch Engländer in die Luft sprengen; nicht als internationale Terroristen bezeichnen; das gleiche gilt für italienische Terroristen, die in Italien italienische Regierungsbeamte entführen.

Diese Definition des internationalen Terrorismus spiegelt die besondere Besorgnis der Vereinigten Staaten und einiger anderer Regierungen wider, die häufig Ziel von Terroristen im Ausland sind. Zur Debatte steht hier nicht das allgemeine Problem der politischen Gewalt oder des Terrorismus oder die Ursachen der Konflikte, die terroristische Gewalt auslösen. Dies ist die innere Angelegenheit jedes Landes. Als Maßstab dient vielmehr die Ausweitung dieser Gewalt auf internationaler Ebene. Aber warum, so könnten Terroristen fragen, sollten sie sich an bestehende diplomatische Regeln und Kriegsregeln halten, wenn diese von einer kleinen Gruppe vorwiegend westlicher Länder zu ihrem eigenen Nutzen aufgestellt wurden und wenn diese Länder Gruppen, die weder über eine anerkannte Regierung noch ein anerkanntes Staatsgebiet noch eine Armee verfügen, das „Recht“ auf Gewaltanwendung nehmen?

Die Terroristen von heute sehen keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Obrigkeit ihres

eigenen Landes, die sie bekämpfen, und den diplomatischen Vertretern und Handelsrepräsentanten anderer Staaten in ihrem Land. Alle Terroristen, von der Stadtguerilla in Südamerika bis zu den palästinensischen Kämpfern im Nahen Osten, haben sich die marxistische Auffassung vom Imperialismus zu eigen gemacht. Sie ist im Denken der Menschen in der Dritten Welt zu einer Glaubensfrage geworden. Der Bankier in Manhattan, die Botschaft in Montevideo, die lokale Niederlassung eines multinationalen Unternehmens, der amtierende Präsident, sie alle sind Glieder in einer Kette der angeblichen wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Unterdrückung. Diese Auffassung wird von den „Partisanen“ in Nordamerika, Westeuropa und Japan geteilt, die sich selbst als die Hilfskräfte einer Revolution in der Dritten Welt sehen.

Viele Regierungen in der Dritten Welt, vor allem in Afrika und Asien, schließen sich nicht immer den Amerikanern und Europäern in ihren Bemühungen an, den internationalen Terrorismus zu erkennen und zu bekämpfen, und zwar nicht, weil diese Regierungen terroristische Methoden billigen, sondern weil sie die Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus als Teil einer umfangreicheren Kampagne betrachten, die darauf abzielt, die regelwidrigen Methoden der Kriegführung, die in der Dritten Welt während des Bürgerkriegs in China und während der antikolonialen Befreiungskämpfe in Asien und Afrika angewandt wurden, für ungesetzlich zu erklären.

Die Haltung, die die Regierungen in der Dritten Welt bezüglich des internationalen Terrorismus einnehmen, steht im Einklang mit der Position, die sie bei den Genfer Verhandlungen zur Neufassung des Kriegsrechts eingenommen haben³⁾. Dabei haben sie versucht, die ursprünglich in den Genfer Konventionen festgelegten Rechte und Schutzmaßnahmen auf irreguläre Streitkräfte wie

²⁾ Angehöriger der Bürgermiliz zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, der binnen weniger Minuten einsatzbereit sein mußte.

³⁾ Ergänzungsprotokoll zu den Genfer Verträgen vom 12. August 1949 über den Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I), einstimmig angenommen von der Diplomatenkonferenz in Genf am 8. Juni 1977.

auch auf reguläre Soldaten in internationalen Kriegen auszudehnen. Sie betonten, daß die Genfer Konventionen und andere Verträge zur Regelung von Kriegen von Europäern abgefaßt worden seien, um die Kriegführung der Europäer untereinander zu regeln, daß sie aber von der „internationalen Kriegführung“ jene Gewaltmaßnahmen ausgenommen hätten, die von den Europäern zur Eroberung und Bewahrung der Kolonien angewendet worden seien. Mit anderen Worten: Wenn Europäer auf Europäer schossen, verlaufe dies nach genau festgelegten Regeln, aber wenn Europäer auf Afrikaner oder Asiaten schossen, könnten sie tun, was sie wollten. Die Regierungen der Dritten Welt fürchteten, daß die Amerikaner und die Europäer jetzt die regelwidrigen Methoden, mit denen die Einheimischen zurückschlugen, als „Terrorismus“ brandmarken und sie somit für ungesetzlich erklären wollten.

Ihre Ablehnung dieser ungleichen Ausgangsposition spiegelte sich in der langatmigen Definition des internationalen Terrorismus wider, die von einer Gruppe blockfreier Staaten im Jahr 1973 vorgeschlagen wurde und die folgendes beinhaltet: „Gewaltakte und andere, von kolonialen, rassistischen und ausländischen Regimen ausgeübte Formen der Unterdrückung von Völkern, die für ihre Befreiung kämpfen...; die staatliche Tolerierung oder Unterstützung von Organisationen übriggebliebener Faschisten oder Söldnergruppen, deren terroristische Aktivitäten sich gegen andere souveräne Länder richten; von einzelnen Personen oder Personengruppen begangene Ge-

walttaten, durch die Unschuldige in Gefahr gebracht werden oder umkommen, oder fundamentale Freiheiten aufs Spiel gesetzt werden. (Vorausgesetzt, diese Definition berührt nicht das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aller Völker unter kolonialen und rassistischen Regimen und anderen Formen der Fremdherrschaft.)“⁴⁾

Obwohl die Regierungen nicht in der Lage waren, sich auf eine gemeinsame Definition des Terrorismus zu einigen, haben sie eine bescheidene Form der Zusammenarbeit bei der Behandlung bestimmter Aspekte des Problems gefunden. Dies wurde erreicht, indem man auf eine Definition ganz verzichtet und statt dessen bestimmte terroristische Vorgehensweisen, von denen alle Länder betroffen sind, ermittelt hat. So haben zum Beispiel die meisten Länder die verschiedenen internationalen Abkommen gegen Flugzeugentführungen und Sabotage an Flugzeugen unterzeichnet und halten sich im allgemeinen auch daran. Es überrascht nicht, daß die Diplomaten in aller Welt eine Einigung darüber erzielen konnten, daß Diplomaten nicht Ziele terroristischer Gewalt sein sollten, und daß sie das Abkommen zur Prävention und Ahndung von Verbrechen gegen international geschützte Personen unterzeichnet haben⁵⁾. Eine umfangreichere Zusammenarbeit wurde auf kleineren internationalen Foren erzielt, so zum Beispiel dem Gipfel der Sieben oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wo ein politischer Konsens leichter zu erzielen ist.

Die Theorie des Terrorismus: Die Menschen sollen zuschauen

Der heutige Terrorismus leitet sich weitgehend von den Theorien des Guerillakriegs im 20. Jahrhundert ab, der in erster Linie auf Mao Tse-Tung zurückgeht, obwohl dessen wichtigstes Anliegen, nämlich die Unterstützung der Massen zu gewinnen, ihn möglicherweise zur Ablehnung der Methoden des heutigen Terrorismus veranlaßt hätte.

Maos Gedanke vom „Krieg des Volkes“, den er zur Zeit der Rebellenbewegungen in den fünfziger und sechziger Jahren entwickelt hat, befreite Strategen davon, über Kriegführung ausschließlich im Sinne von ‚mehr Soldaten‘ und ‚besserer Rüstung‘ zu denken. Diese Idee erlaubte es entschlossenen Revolutionären, denen die herkömmliche militärische Stärke fehlte, es mit militärisch überlegenen Kräften aufzunehmen, in der

Hoffnung, sie am Ende zu besiegen. Möglicherweise wurde dabei zuviel Gewicht auf die politische Motivation und Zielsetzung gelegt, da spätere Revolutionäre dadurch zu der Annahme gebracht wurden, daß einige Pistolen und ihre eigenen politischen Überzeugungen ihnen letztendlich den Sieg garantieren könnten.

Mao meinte, daß Guerillas die politische Mobilisierung von Menschen, die in einem herkömmlichen militärischen Konflikt nur Zuschauer bleiben, anstreben und auf sie angewiesen sein sollten. Mao stellte also eine Beziehung zwischen der Militäraction und der Haltung und Reaktion der Zuschauenden her. Hierdurch gewann der bewaffnete Konflikt eine neue Dimension: Anstatt den Erfolg in erster Linie an den physischen Auswirkungen der Militäraction auf den Gegner zu messen, konnten Strategen nun sagen, daß die Wirkung einer Gewaltaktion auf die zuschauenden Menschen unabhängig sein kann von dem tatsächlichen physischen Schaden, der dem Gegner zugefügt wird, und ihm an Bedeutung gleich-

⁴⁾ Generalversammlung der Vereinten Nationen, Bericht des Ad-hoc-Komitees über internationalen Terrorismus, offizielles Verzeichnis der Generalversammlung: 28. Sitzung, Anhang 28 (A/9028), 1973, S. 22.

⁵⁾ Protokoll I (Anm. 3).

kommen oder ihn sogar übertreffen kann. Der Terrorismus treibt diese Lehre auf die äußerste Spitze, obwohl es den Terroristen einige Schwierigkeiten bereitet hat, sie zu erklären.

„Politische Macht erwächst aus dem Gewehr-
lauf“, schrieb Mao; diese Redensart wiederholen die heutigen Terroristen gern. Ihr eigenes Denken hört offenbar an der Mündung des Gewehr-
laufs auf. In den vergangenen Jahren haben die Terroristen tausende Seiten von Manifesten, Leit-
fäden, Bewertungen, Direktiven, Behauptungen, Kommuniqués, Kommentaren, Kritiken und Selbstkritiken herausgebracht, aber sie haben noch keine klare und überzeugende Theorie vor-
gebracht, welchen Bezug das Bombenlegen und der Gebrauch einer Waffe zum Erreichen ihrer Ziele hat. Was diesen Wust von zornigen Schrif-
ten ausmacht, sind Erklärungen, Schlagworte, Ermahnungen, ungerechtfertigte Vermutungen, unbewiesene Behauptungen und eine im allge-
meinen dürftige Analyse. Carlos Marighellas ‚Mini-Handbuch der Stadtguerilla‘, von dem an-
genommen wird, daß die erste Terroristengenera-
tion in Lateinamerika und Westeuropa sich dar-
aus Anregungen und Informationen geholt hat, bietet sich am besten für eine Erörterung terrori-
stischer Methoden an⁶⁾. Die Terroristen von heute haben weder eine Theorie noch eine Dok-
trin oder Strategie anzubieten, ja nicht einmal eine begeisterte Zukunftsvision.

Für viele Außenstehende ist nur schwer zu verste-
hen, wie die Ermordung von Olympiateilneh-
mern in München oder die Entführung eines
Flugzeugs in Rom die Situation der Palästinenser
im Nahen Osten verbessern soll, oder wie die
Sprengung eines Büros in Manhattan dazu bei-
tragen soll, einen Diktator in Lateinamerika zu
stürzen. Und die Terroristen selbst streiten mög-
licherweise untereinander darüber, ob eine be-
stimmte Aktion ihrer Sache nutzt oder schadet.
Einige Terroranschläge erscheinen möglicher-
weise willkürlich oder gegen Ziele gerichtet, die
nicht in direktem Zusammenhang mit der terrori-
stischen Sache stehen. Aus diesem Grund werden
Terrorakte oft als gedankenlose, sinnlose oder
vernunftwidrige Gewalt abgetan; Terrorismus ist
jedoch selten gedankenlos oder vernunftwidrig.
Wenn er nicht gedankenlos verübt wird, muß der
Terrorismus einen Zweck verfolgen — aber wel-
chen? Um diese Frage beantworten zu können,
müssen wir versuchen, wie Terroristen zu denken
und über die scheinbare Sinnlosigkeit — manch-
mal sogar die tragische Absurdität — eines ein-
zelnen Terroraktes hinausschauen, um seine Ziel-
setzung zu erkennen.

⁶⁾ Carlos Marighella, Mini-Handbuch der Stadtguerilla, in: Jay Mallin (Hrsg.), Terror und Stadtguerilla, (Florida) 1971, S. 70—115.

Die Ziele des Terrorismus sind nicht identisch mit denen des herkömmlichen Kampfes. Terrori-
sten versuchen nicht, Stellungen einzunehmen
und zu halten oder die Streitmacht des Gegners
physisch zu vernichten. Normalerweise fehlt ih-
nen zur Verfolgung derartiger Ziele die Macht.
Statt dessen versuchen Terroristen, durch ihre
Handlungen Furcht auszulösen und diese zu
steuern, und zwar zu vielfältigen Zwecken. Terro-
rismus kann dem Ziel dienen, Publizität zu ge-
winnen. Die Terroristen hoffen, daß dramatische
und schockierende Gewalttaten die Aufmerksam-
keit auf ihre Sache lenken und sie als eine Kraft
erscheinen lassen, mit der man rechnen muß. Die
Atmosphäre von Furcht und Schrecken, die sie
erzeugen, führt häufig dazu, daß Menschen die
Bedeutung der terroristischen Sache, die Kampf-
kraft der Terroristen und die Stärke ihrer Bewe-
gung überschätzen. Aufgrund der geringen Mit-
gliederzahl und der Schwäche der meisten Ter-
rorgruppen muß die von ihnen ausgeübte Gewalt
um so dramatischer und bewußt schockierend
sein.

Terroranschläge sind oft sorgfältig daraufhin an-
gelegt, die Aufmerksamkeit der Massenmedien
und der internationalen Presse zu erregen. Die
eigentlichen Opfer bedeuten den Terroristen oft
nichts. Der Terrorismus zielt nicht nur auf die
tatsächlichen Opfer ab, sondern vor allem auf die
zuschauenden Menschen.

Einzelne Terrorakte können ebenfalls dazu die-
nen, bestimmte Zugeständnisse zu erzwingen, wie
die Zahlung eines Lösegeldes, die Freilassung
von Gefangenen oder die Veröffentlichung einer
terroristischen Botschaft. Terroristen versuchen
oft, ihre Verhandlungsposition zu verbessern, in-
dem sie eine dramatische Geiselnahme inszenie-
ren, durch die eine Regierung möglicherweise zur
Erfüllung ihrer Forderungen gezwungen wird.

Die Geiselnahme israelischer Sportler bei der
Olympiade in München im Jahre 1972 diente
zwei Zielen: Publizität und Zugeständnisse zu er-
reichen. Die Terroristen verlangten von der israe-
lischen Regierung, daß sie mehrere ihrer inhafti-
erten Kameraden freilassen sollte. Israel wies
die Forderungen zurück, aber die Millionen von
Menschen, die sich weltweit die Olympischen
Spiele am Fernsehschirm ansahen, garantierten
den Terroristen die Publizität, die sie suchten.
Abu Iyad, der angebliche Urheber des An-
schlags, faßte das Ergebnis zusammen: „Die Op-
fer, die die Helden von München gebracht ha-
ben, waren nicht vollkommen vergeblich. Sie ha-
ben zwar nicht erreicht, daß irgendeiner ihrer
Kameraden, die in Israel inhaftiert sind, freige-
lassen wurde . . . , aber sie haben die beiden ande-
ren Ziele der Operation erreicht: Die Weltmein-
ung war gezwungen, Notiz von dem Palästi-
nenserdrama zu nehmen, und das palästinensi-

sche Volk hat seine Anwesenheit bei einer internationalen Veranstaltung erzwungen, von der es ausgeschlossen werden sollte.“⁷⁾

Terrorismus kann auch dazu dienen, für allgemeine Unruhe zu sorgen, die Gesellschaft zu demoralisieren und die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung zu zerstören. Diese Ziele sind typisch für revolutionäre, nihilistische oder anarchistische Terroristen. Terroristen verdammen die normalen gesellschaftlichen Regeln und Beziehungen als unerträgliche Selbstzufriedenheit. Dramatische Terrorakte, so glauben sie, werden ein Heer von möglichen Helfern, die apathisch vor sich hindämmern, wachrütteln. Wenn der politische Gehorsam nutzlos wird, selbstzufriedene Nichteinmischung unmöglich gemacht wird und die Unfähigkeit der Regierung, ihre Bürger zu schützen (was der ursprüngliche und hauptsächlich Grund für die Existenz von Regierungen ist), zutage tritt, wenn es keinen Ort gibt, an dem man vor dem darauffolgenden Kampf sicher ist, wenn Menschen gezwungen sind, sich auf eine Seite zu schlagen, dann, so nehmen die Terroristen an, wird das „Volk“ sich den Regierungsgegnern anschließen, und es wird zu einer Revolution kommen.

Voll Ungeduld angesichts der Tatsache, daß das „Volk“ zögert, sich ihnen anzuschließen, könnten es die Terroristen bewußt darauf anlegen, Unterdrückung zu provozieren. In der Vorstellung der Terroristen wird die Regierung, die durch fortwährende Terroranschläge beunruhigt ist, gezwungen sein, brutal — und möglicherweise blind — zurückzuschlagen. Die Masse wird die harte Hand der Unterdrückung zu spüren bekommen, und ihre Unzufriedenheit kann dann von den Terroristen mobilisiert werden.

Rache stellt für Terroristen eine weitere starke Motivation dar. Bei kleinen Gruppen, die gute Kameraden verloren haben, ist es besonders wahrscheinlich, daß sie grausam zurückschlagen. Eine Separatistengruppe aus Puerto Rico brachte in einem Restaurant in der Wall Street eine Bombe zur Detonation, in der offensichtlichen Absicht, Menschenleben zu vernichten. Es handelte sich um einen Vergeltungsschlag dafür, daß

angeblich von Regierungsstellen in einem Café in Puerto Rico, in dem Separatisten verkehrten, eine Bombe zur Detonation gebracht worden war. Für größere Organisationen, die den Tod von Kameraden als Kampfverluste hinnehmen, verliert die Rache hingegen an Bedeutung.

Schließlich kann Terrorismus dazu benutzt werden, Gehorsam zu erzwingen. Dies ist üblicherweise der Zweck des Staatsterrorismus, aber Terroristen können auch selbst Gewalt gegen ihre eigenen Mitglieder anwenden als Abschreckung gegen Verrat. Das gewünschte Ergebnis ist ein vorgeschriebenes Verhaltensmuster: Gehorsam gegenüber dem Staat oder der Sache und eine umfassende Zusammenarbeit bei der Identifizierung und Ausschaltung von Unterwanderern oder Gegnern. In den vergangenen Jahren haben manche Regierungen ihren Einflusssbereich auch auf Emigranten und Exilanten ausgedehnt, Terroristen angeheuert oder ihre eigenen Agenten gegen Regimegegner in anderen Ländern eingesetzt. Libyen bekannte sich offen zu seiner Kampagne, „im Ausland lebende Verräter“ zu ermorden, als Warnung an alle Dissidenten. Syrien, der Iran, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien wurden beschuldigt, Überläufer und lästige Exilanten in Westeuropa ermordet zu haben.

Der Erfolg eines derartigen Terrorismus hängt wiederum von der Erzeugung einer Atmosphäre der Angst ab, die durch die scheinbare Allgegenwart des Inlandssicherheitsdienstes oder des terroristischen Apparats noch verstärkt wird. Wie andere Formen des Terrorismus beinhaltet jener, der darauf abzielt, Gehorsam zu erzwingen, Elemente vorsätzlicher Dramatik: Überläufer werden entführt oder auf mysteriöse Weise ermordet, Berichte über Kerker und Folter (die oft wahr sind) werden verbreitet. Dies soll dazu dienen, bei bestimmten Zielgruppen Furcht und Schrecken zu erzeugen. Im Gegensatz zu anderen Formen des Terrorismus werden die Opfer des Staatsterrorismus zum Zwecke der Zwangsherrschaft jedoch selten wahllos ausgesucht, und der Sicherheitsdienst strebt üblicherweise keine weitverbreitete Publizität an. Diese Form des Terrorismus dient der Beeinflussung und Kontrolle der „eigenen“ Bevölkerung oder Organisation.

Die Anfänge des heutigen Terrorismus: Folge von Versäumnissen

Es gibt viele Hypothesen über die Entstehung des heutigen Terrorismus, wobei eine Vielzahl sozialer, wirtschaftlicher, politischer und historischer Faktoren ins Feld geführt werden. Eine einzelne

Ursache für die Zunahme der weltweiten Anwendung terroristischer Methoden, die Ende der sechziger Jahre begann, konnte jedoch nicht ermittelt werden.

Terroristische Methoden sind im allgemeinen dann angewandt worden, wenn andere Formen des bewaffneten Konflikts oder friedliche Mittel nicht zur Erlangung politischer Ziele geführt ha-

⁷⁾ Abu Iyad/Eric Rouleau, *Meine Heimat, mein Land: Eine Schilderung des palästinensischen Kampfes*, Times Books, 1981.

ben. Ende der sechziger Jahre war klar, daß die Landguerillabewegungen in Lateinamerika, die durch den Erfolg Fidel Castros angeregt und dem kubanischen Modell nachgebildet worden waren, gescheitert waren. Linke Revolutionäre begannen, dem Kampf in den Städten mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Kriege der Stadtguerilla führten fast automatisch zur Anwendung terroristischer Taktiken. Die Landguerillas könnten Schlachten gewinnen, von denen niemals irgend jemand etwas hören würde, aber dramatische Gewaltakte in einer Großstadt erregen landesweite, ja sogar internationale Aufmerksamkeit. Es war nur ein kurzer Schritt von der Ermordung oder Entführung örtlicher Regierungsbeamter bis zur Ermordung oder Entführung ausländischer Diplomaten.

Inzwischen begannen die Palästinenser, die durch das Scheitern der arabischen Armeen im Jahre 1967 enttäuscht und nicht in der Lage waren, einen Guerillakrieg in Israel zu führen, eine weltweite Terrorkampagne gegen Israel und seine Verbündeten. Als Flugzeugentführungen weltweite Empörung auslösten, griffen die Palästinenser in Städten wie München, Bangkok und Khartum zu Geiselnahmen. Radikale Studenten in Europa, in den Vereinigten Staaten und in Japan übernahmen terroristische Taktiken, als

die Massenprotestbewegungen Ende der sechziger Jahre nicht zu den Veränderungen führten, die sie wünschten.

Aber die Zunahme und der Fortbestand des heutigen Terrorismus ist nicht vollkommen erklärbar durch die außergewöhnlichen politischen Umstände Ende der sechziger Jahre. Es war das Zusammentreffen politischer Umstände und technologischer Entwicklungen, das zum neuzeitlichen Terrorismus führte. Die Terroristen von heute wenden möglicherweise die gleichen Methoden an wie die Terroristen des vorigen Jahrhunderts, aber der technologische Fortschritt hat die Methoden effektiver gemacht.

Technologische Entwicklungen haben den internationalen Terrorismus ermöglicht. Der moderne Flugverkehr erlaubt weltweite Mobilität, so daß Terroristen jetzt auf allen Kontinenten zuschlagen können. Radio, Fernsehen und Nachrichtensatelliten erlauben es, fast unverzüglich eine weltweite Zuhörerschaft zu erreichen. Waffen und Sprengstoff sind fast allgemein zugänglich. Die moderne Industriegesellschaft bietet viele Angriffsziele, von Flugzeugen bis zu Kernkraftwerken. Sobald die Zweckmäßigkeit terroristischer Methoden demonstriert worden war, wurde der Terrorismus zu einer Verhaltensweise, die sich weltweit verbreitete.

Terroristische Taktiken: Ein begrenztes Repertoire

Terroristen arbeiten mit einem begrenzten taktischen Repertoire. Sechs grundlegende terroristische Methoden umfassen 95 Prozent aller terroristischen Zwischenfälle: Bombenanschläge, Morde, bewaffnete Überfälle, Entführungen, Barrikaden, Geiselnahmen und Flugzeugentführungen. Keine Terrorgruppe bedient sich aller dieser Methoden. Bombenanschläge, die im allgemeinen die anspruchsloseste Methode darstellen, überwiegen. Sprengstoff ist leicht zu beschaffen oder herzustellen, und ein Bombenanschlag erfordert wenig Organisation — eine einzige Person kann den Anschlag ohne großes Risiko verüben. Bombenanschläge machen allein ungefähr die Hälfte aller internationalen terroristischen Zwischenfälle aus.

Dieses taktische Repertoire hat sich im Laufe der Zeit nur wenig verändert. Terroristen scheinen eher zur Nachahmung als zur Innovation zu neigen, obwohl ihre Taktiken sich als Antwort auf neue Abwehrmaßnahmen geändert haben. So gingen zum Beispiel Botschaftsbesetzungen, die in den siebziger Jahren eine beliebte terroristische Taktik darstellten, in den achtziger Jahren aus mehreren Gründen zurück. Verschiedene Länder begannen damit, ihre Botschaften in regelrechte Festungen zu verwandeln und er-

schwerten dadurch Botschaftsbesetzungen. Regierungen änderten ebenfalls ihre Politik. Während sie anfangs dazu neigten, den Forderungen von Terroristen, die Geiseln genommen hatten, nachzugeben, begannen einige Regierungen dann einen harten Kurs einzuschlagen, da die terroristischen Entführungen und Geiselnahmen nicht aufhörten. Sie weigerten sich, Gefangene freizulassen oder andere weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Einige Regierungen, die nicht gewillt waren, Konzessionen zu machen oder tatenlos zuzusehen, wie Terroristen Geiseln erschossen, griffen immer häufiger zur Gewalt, um mit Hilfe von Spezialeinheiten Botschaftsbesetzungen und Geiselnahmen im In- und Ausland zu beenden. Nach dem Zwischenfall in München im Jahre 1972, der mit einer verheerenden Schießerei und dem Tod aller Geiseln endete, begannen Regierungen damit, Spezialeinheiten für die Befreiung von Geiseln aufzustellen.

Das Blatt wendete sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. 1976 gelang israelischen Kommandos die erfolgreiche Befreiung von Geiseln auf dem Flughafen Entebbe in Uganda. 1977 befreiten deutsche Kommandos erfolgreich Passagiere an Bord eines entführten Flugzeugs in Mo-

gadishu. Im gleichen Jahr stürmten holländische Kommandos mit Erfolg einen von südmolukkesischen Terroristen gekaperten Zug und eine von ihnen besetzte Schule. 1980 befreiten britische Kommandos Geiseln in der iranischen Botschaft in London. Einige Befreiungsversuche scheiterten, vor allem der Versuch der Amerikaner, amerikanische Geiseln, die im Iran festgehalten wurden, zu befreien. Aber die Botschaft war deutlich: Terroristen, die sich selbst mit Geiseln verbarrikadierten, riskierten es, festgenommen oder getötet zu werden.

Mit zunehmender Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen verschlechterten sich die Aussichten der Terroristen, Zugeständnisse zu erreichen, und die Wahrscheinlichkeit, gefangengenommen oder getötet zu werden, wurde größer. Es überrascht nicht, daß die terroristische Taktik der Botschaftsbesetzungen immer seltener angewandt wurde. Zur gleichen Zeit nahmen jedoch Terroranschläge im allgemeinen und Anschläge auf Diplomaten im besonderen zu. Die Terroristen änderten lediglich ihre Taktik, indem sie sich Morden und Bombenanschlägen zuwandten.

Diese Fähigkeit zur Änderung ihrer Taktik ist ein Hauptgrund für die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung des Terrorismus. Durch Sicherheitsmaßnahmen kann eine bestimmte Zielgruppe ge-

gen eine bestimmte Art von Anschlägen geschützt werden, aber Terroristen können ihre Taktik ändern oder andere Ziele ins Visier nehmen, wobei sie den Sicherheitsmaßnahmen eher zuvorkommen als sie überwinden und so neue Sicherheitsvorkehrungen erforderlich werden. Leider ist die Ausgangssituation für beide Seiten unterschiedlich. Im Gegensatz zu regulären Soldaten müssen Terroristen nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort angreifen. Da viele mögliche Ziele ihren politischen Zwecken dienen können, können Terroristen praktisch gegen alles oder jeden zuschlagen, wenn es sich ihrer Meinung nach um ein geeignetes Ziel handelt. Da ihre Mittel begrenzt sind und sie keine Garnisonsstaaten werden wollen, können die Regierungen jedoch nicht überall und zu jeder Zeit alles schützen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangssituation sind auch die Anstrengungen unterschiedlich groß, die die terroristischen Angreifer und diejenigen, die den Terrorismus bekämpfen, unternehmen. Die für die Bekämpfung des Terrorismus erforderlichen Mittel werden nicht durch die sehr kleine Zahl von Terroristen bestimmt, sondern durch die praktisch unbegrenzte Anzahl von Zielen, die es zu verteidigen gilt. Dies macht den Terrorismus zu einer billigen Art des Kampfes, während seine Bekämpfung kostspielig ist.

Terroristische Ziele: Kein Land bleibt verschont

Terroristen können jedes Symbol einer von ihnen bekämpften Regierung, Volksgruppe, Ideologie, Politik oder eines von ihnen bekämpften Wirtschaftssystems oder Standpunkts im Visier haben. Diplomaten und Botschaften stehen beim internationalen Terrorismus in vorderster Front, aber das Spektrum terroristischer Ziele hat sich im Laufe der Jahre stetig erweitert.

Terroristen haben Flugzeuge entführt und Züge überfallen. Sie haben Archäologen und Nonnen entführt sowie Soldaten und Priester ermordet. Sie haben Pipelines und Nachtclubs, Restaurants und Raffinerien, Kaufhäuser und Tanzgruppen, Briefkästen, Synagogen, Kirchen und Computer in die Luft gesprengt.

Terroristen greifen normalerweise zivile Ziele an, aber sie haben ebenfalls Militärattachés ermordet, Generäle und Luftwaffenangehörige entführt sowie Bomben in Armeehauptquartieren, Offiziersclubs und Wehrämtern zur Detonation gebracht.

Eine Handvoll Staaten stellen überproportional oft Ziele von Terroranschlägen dar. Die Hälfte aller internationalen Terroranschläge gilt Zielen in fünf Ländern. Obwohl der Terrorismus in den Vereinigten Staaten selber nur ein geringfügiges

Problem darstellt, sind amerikanische Staatsbürger und Einrichtungen im Ausland häufig Ziel von Terroristen. Mehr als 30 Prozent aller internationalen Terroranschläge sind gegen Amerikaner gerichtet. Frankreich, Israel, Großbritannien und die Türkei (deren Diplomaten in den vergangenen Jahren Ziel armenischer Terroristen waren), sind die übrigen der fünf am stärksten betroffenen Länder.

Viele Leute glauben, daß kommunistische Länder gegen terroristische Gewalt gefeit seien; aber dies ist nicht der Fall. Es ist zwar richtig, daß in der Sowjetunion oder in anderen osteuropäischen Ländern, deren Bevölkerung einer strengen Kontrolle seitens der Regierung unterliegt, Terrorismus kaum vorkommt, aber drei kommunistische Länder — die Sowjetunion, Kuba und Jugoslawien — zählen trotzdem zu den zehn am häufigsten betroffenen Ländern. Sowjetische Diplomaten waren Ziel jüdischer und moslemischer Extremisten wie auch rechtsgerichteter Fanatiker. Castro-feindliche kubanische Emigranten in den Vereinigten Staaten und der Karibik haben Anschläge auf kubanische Diplomaten, Regierungsvertreter oder Vertreter von Firmen, die auf Kuba geschäftlich tätig waren, verübt. Obwohl

beide zu den zehn am stärksten betroffenen Ländern gehören, sind die Vereinigten Staaten zehnmal häufiger Ziel von Terroranschlägen als die Sowjetunion.

Hierfür gibt es viele Gründe. Keine der Ideologien an beiden Enden des Spektrums besitzt ein Monopol auf die Anwendung terroristischer Taktiken, aber Gruppen, die in irgendeiner Form die marxistische Ideologie vertreten, übertreffen zahlenmäßig eindeutig alle anderen Terrororganisationen, so daß die Vereinigten Staaten als wichtigste kapitalistische Macht zu einem Hauptziel

werden. Terroristen neigen auch dazu, die Einflußmöglichkeiten der Vereinigten Staaten auf lokale Regierungen zu überschätzen, und sie überschätzen deshalb auch den Einfluß, den sie selbst gewinnen können, indem sie die Amerikaner ins Visier nehmen. Die weitverbreitete politische und wirtschaftliche Präsenz und der allgegenwärtige kulturelle Einfluß der Vereinigten Staaten ist ein weiterer Grund für die häufigen Anschläge auf amerikanische Ziele. Es ist schwierig, ein Land ohne amerikanische Diplomaten, Geschäftsleute, Missionare, Reporter oder zumindest ohne amerikanische Touristen zu finden.

Terror-Operationen: Auswahl der Ziele

Terroristen, die ohne jede reguläre Beschäftigung im Untergrund leben, verbringen enorm viel Zeit mit der Planung von Operationen. Aus Unterlagen, die in Terroristenverstecken entdeckt wurden, und aus Zeugenaussagen von Terroristen wissen wir, daß sie der Auswahl von Zielen beträchtliche Aufmerksamkeit widmen. Es scheint sich um einen Zwei-Phasen-Prozeß zu handeln. Zunächst wird ein potentiell geeignetes Ziel für politisch geeignet befunden: Eine bestimmte Regierung, Organisation, Institution, Firma oder Einzelperson wird für „schuldig“ erklärt — es handelt sich dann um einen Gegner der Terroristen oder ihres Umfelds, dessen „Bestrafung“ Zustimmung finden wird oder der ganz einfach als lukratives Ziel angesehen wird, das eine große Lösegeldsumme wert ist.

Der Terrorismus legt den Begriff von Schuld und Bestrafung weiter aus, als dies bei anderen Formen der Kriegführung oder Politik geschieht, und faßt demzufolge die Definition der „unschuldigen“ Unbeteiligten enger. Für Terroristen gibt es nur wenige unschuldige Unbeteiligte. Eine Person kann allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation, ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihrer Volkszugehörigkeit „schuldig“ sein und demzufolge ein geeignetes Ziel darstellen. Ein extremer Ausdruck dieser Auffassung ist die Redensart, die einst unter Linksextremisten beliebt war: „Wenn du nicht Teil der Lösung bist, bis du Teil des Problems.“ Dies impliziert, daß jeder, der die Terroristen nicht aktiv unterstützt, ein angemessenes Ziel für ihre Gewalt darstellt. „In der heutigen Welt ist niemand unschuldig oder neutral“, warnte George Habbash, der Führer der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP). „Entweder man steht auf der Seite der Unterdrückten oder auf der Seite der Unterdrücker. Wer sich nicht für Politik interessiert, gibt seinen Segen zur bestehenden Ordnung, die die Ordnung der regierenden Klassen und der ausbeuterischen Kräfte ist.“

Sogar die Opfer des Massakers auf dem Flughafen von Lod im Jahre 1972, unter denen sich zufällig viele christliche Pilger aus Puerto Rico befanden, wurden von der für den Anschlag verantwortlichen Palästinenserorganisation für „schuldig“ befunden, da sie mit israelischen Visa in Israel eingetroffen waren und daher stillschweigend den Staat anerkannt hatten, der von den Palästinensern zum Gegner erklärt worden war, und da sie durch ihre Einreise nach Israel ein regelrechtes Kriegsgebiet betreten hatten. Ein Terroristenführer brachte es auf die kurze Formel: „Es gibt keine unschuldigen Touristen in Israel.“

Diese Rechtfertigung der Morde von Lod ist ein nicht untypisches Beispiel dafür, daß Terroristen ihre Opfer nach begangener Tat für schuldig erklären. Die PFLP, die drei japanische Terroristen für die Durchführung des Anschlags auf dem Flughafen von Lod benutzt hat, sagte nicht, daß die Opfer Unschuldige waren, die in ein Kreuzfeuer gerieten; sie sagte ebenfalls nicht, daß sie alle Inhaber von israelischen Visa aufspüren und töten werde. Die Organisation sagte aber, daß diejenigen, die allein deswegen zufällig erschossen worden seien, weil sie sich zufällig zum falschen Zeitpunkt dort aufgehalten hätten, nichtsdestoweniger schuldig seien; andernfalls hätten sie sich nicht dort aufgehalten, um erschossen zu werden.

Die zweite Phase in dem Prozeß der Zielauswahl ist die Einschätzung der operativen Möglichkeiten. Terroristen untersuchen alle geeigneten Ziele, um das verwundbarste Ziel herauszufinden. Dies setzt das Sammeln von umfangreichen Informationen voraus. Sie beobachten Gebäude, führen langandauernde Observationen durch und versuchen, zusätzliche Informationen von Gesinnungsgenossen zu erhalten. In diesem Bereich arbeiten sie gut, manchmal sogar unnötig genau, was darauf hinweist, daß sie viel Zeit ha-

ben und Befriedigung aus der endlosen Vorbereitung von Operationen ziehen, von denen viele niemals durchgeführt werden. Die Verstecke von Terroristen sind angefüllt mit Verwendungsstudien und detaillierten Plänen für Anschläge, die niemals stattgefunden haben. Da Terroristen darauf bedacht sind, niemals zu versagen, streben sie Operationen an, die ein minimales Risiko beinhalten.

Obwohl dieses komplizierte Verfahren scheinbar die übliche Operationsweise darstellt, kann die Auswahl eines Ziels manchmal recht zufällig, ja sogar auf sonderbarem Wege erfolgen. Ein amerikanischer Terrorist, der für eine Reihe von Bombenanschlägen Anfang der siebziger Jahre verantwortlich war, kehrte in seine Heimat zurück, um seinen Kameraden zu sagen, daß er soeben eine Bombe in der ‚Marine Midlands Bank‘ gelegt habe. Da diese Bank in der Gruppe nicht als mögliches Ziel im Gespräch gewesen war, löste seine Wahl dieses Ziels Verwirrung und Bestürzung aus. Warum hatte er ‚Marine Midlands‘ ausgewählt? „Aus keinem bestimmten Grund. Ich ging ganz einfach die Wall Street entlang, bis ich einen geeignet erscheinenden Platz fand. Es handelt sich um einen dieser neuen Wolkenkratzer, Millionen von Dollar aus Glas und Stahl ... du schaust dir das Gebäude und die ein- und ausgehenden Menschen einfach an und weißt Bescheid.“⁸⁾

Gefragt, warum er eine bestimmte Bank ausgewählt habe, um sie zu zerstören, entgegnete ein anderer amerikanischer Radikaler: „Nun, *diese* ‚Bank of America‘ repräsentiert für mich das gleiche wie jede andere ‚Bank of America‘. Es ist vor allem die ‚Bank of America‘, die überall auf der Welt ihre Hand mit im Spiel hat ... Außerdem war es ein häßliches Gebäude. Es war so ... häßlich, daß es verschwinden mußte.“⁹⁾

Staatsterrorismus: Eine neue Art des Konflikts

Ein weiterer beunruhigender Trend ist der Staatsterrorismus. Eine wachsende Zahl von Regierungen wendet selber terroristische Methoden an oder benutzt Terrorgruppen für eine Art von Stellvertreterkrieg. Diese Regierungen sehen den Terrorismus als ein nützliches Potential an, ein „Waffensystem“, ein billiges Mittel der Kriegführung, und zwar eher gegen inländische Gegner oder gegen ein anderes Land als gegen eine politische oder gesellschaftliche Struktur. Terroristen bieten eine mögliche Alternative zum offenen,

Unabhängig davon, ob ein Ziel aufgrund sorgfältiger Nachforschungen oder aus persönlichen Gründen ausgewählt wird, wiegt ein Faktor mehr als alle anderen: Das wesentliche Kriterium ist, daß das Ziel nicht von bewaffneten Personen verteidigt wird. Dies mag erklären, warum Terroristen nur selten Anschläge auf militärische Einrichtungen verübt haben. Es ist ihnen jedoch gelungen, nicht von Wachen entdeckt zu werden und Bomben in Armeehauptquartieren zu legen. Terroristen haben ebenfalls Leibwächter erschossen, um geschützte Personen zu entführen.

Als Antwort auf umfangreichere Sicherheitsvorkehrungen im Umkreis von Einrichtungen, die mögliche Ziele von Terroranschlägen sind, haben Terroristen sich leichter angreifbaren Zielen zugewandt, nämlich Menschen. Die Tatsache, daß der Anteil von Terroranschlägen gegen Personen im Verhältnis zu Anschlägen gegen Sachen gestiegen ist, spiegelt auch die wachsende Bereitschaft von Terroristen wider, zu töten. Sicherheitsbeauftragte müssen jetzt nicht nur die Sicherheit von Einrichtungen, sondern auch die persönliche Sicherheit aller dort Beschäftigten bedenken. Terroristen können durch einen Anschlag auf eine Person die gleichen politischen Ziele erreichen wie durch einen Anschlag auf eine Einrichtung. So konzentrierten z. B. baskische Separatisten in Spanien, die entschlossen waren, den Bau eines Kernkraftwerks zu stoppen, ihre Bemühungen zunächst darauf, Bomben auf das Baugelände zu schmuggeln. Als dies durch verstärkte Sicherheitsmaßnahmen erschwert wurde, gingen die Terroristen zu Anschlägen auf das Personal über, indem sie den Oberingenieur des Kraftwerks entführten und ermordeten, den Direktor ermordeten und drohten, alle übrigen Führungskräfte, die das Gelände beträten, zu töten. Durch diese Aktionen wurde tatsächlich der Bau des Kernkraftwerks gestoppt.

bewaffneten Konflikt zwischen den Staaten. Der heutige konventionelle Krieg wird zunehmend unführbarer — er ist zerstörerisch, kostspielig und gefährlich. Die Weltmeinung, und manchmal auch die Meinung im eigenen Land, übt Druck aus. Einige Länder, die nicht in der Lage sind, mit konventionellen militärischen Mitteln zu drohen, betrachten den Terrorismus als die einzige Alternative, als einen „Stabilisator“.

Die Zunahme des Staatsterrorismus hat schwerwiegende Konsequenzen. Er gibt den Terroristen mehr Mittel in die Hand: Geld, Zuflucht, hochentwickeltes Kriegsmaterial, Nachrichtenmaterial und technisches Fachwissen. Er entlastet sie auch, indem er es ihnen ermöglicht, Großopera-

⁸⁾ Jane Alpert, Im Untergrund aufgewachsen, New York 1981.

⁹⁾ „Der Student, der die ‚Bank of America‘ niederbrannte“, in: Scanlon's, Januar 1971, S. 21.

tionen zu planen, ohne sich besonders um die Entfremdung ihres Umfelds oder die Provozierung öffentlicher Reaktionen zu sorgen, da sie nicht auf die Unterstützung der örtlichen Bevölkerung angewiesen sind. Da sie sich nicht selbst durch Banküberfälle oder Entführungen mit Lösegeldforderungen finanzieren müssen und keine Operationen allein deshalb durchführen, um den Zusammenhalt der Gruppe zu wahren, werden staatlich geförderte Terrorgruppen seltener operativ tätig als Gruppen, die nur eine geringe oder gar keine staatliche Unterstützung erhalten; aber sie sind um vieles gefährlicher und verfügen über eine wesentlich größere operative Reichweite.

Gruppen im Nahen Osten wie der ‚Schwarze Juni‘ (Al-Assifa), der politische Morde in Westeuropa, im Nahen Osten und in Asien verübt hat, sowie ‚Der Heilige Krieg‘ (Islamic Jihad), die schiitische Moslem-Extremistengruppe, die sich zu den von Selbstmordkommandos ausgeführten Bombenanschlägen auf die amerikanische und die französische Botschaft in Beirut und Kuwait sowie auf die Kasernen der US-Marines bekannt hat, gehören zu den staatlich geförderten Gruppen. Der Bombenanschlag im Jahre 1983, bei dem 17 südkoreanische Regierungsbeamte in Rangun getötet wurden, war ein Beispiel dafür, daß ein Land, in diesem Fall Nordkorea, seine

eigenen Agenten zur Ermordung von Regierungspolitikern eines anderen Landes geschickt hat.

Möglicherweise befinden wir uns auf der Schwelle zu einer Ära des bewaffneten Konflikts, in der begrenzte konventionelle Kriege, Guerillakriege und internationaler Terrorismus nebeneinander bestehen werden, wobei Regierungen und substaatliche Einrichtungen sich ihrer individuell, wechselweise nacheinander oder gleichzeitig bedienen werden — und sich gegen sie schützen werden müssen.

Krieg führen wird in der Zukunft möglicherweise weniger zerstörerisch sein als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, aber möglicherweise auch zusammenhangloser. Kriege werden nicht mehr begrenzt sein. Die Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden wird unklarer und komplexer sein. Bewaffnete Konflikte werden Landesgrenzen überschreiten. Lokale Militante werden ausländische Förderer mobilisieren. Terroristen werden sowohl im Inland als auch im Ausland Ziele angreifen. Es wird notwendig sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, mit allen drei Arten des bewaffneten Konflikts möglicherweise gleichzeitig umzugehen, wenn man den großen Krieg vermeiden will¹⁰⁾.

Fazit und Ausblick

Der derzeitige Trend zum Staatsterrorismus wird sich fortsetzen. Der begrenzte konventionelle Krieg, der klassische Guerillakrieg in ländlichen Gebieten und der internationale Terrorismus werden nebeneinander existieren und auch gleichzeitig auftreten. Die iranische Revolution und ihre Ausbreitung im Libanon, bei der der internationale Terrorismus als effektives Instrument eingesetzt wurde, könnte für andere Revolutionen in der Dritten Welt und revolutionäre Staaten als Modell dienen, so wie das kubanische Beispiel eine ganze Generation von Nachahmern in Lateinamerika inspiriert hat.

Es könnte sein, daß sich der internationale Terrorismus zu einem neuen Typus des globalen Guerillakampfes entwickelt, in dem terroristische Gruppierungen vom politischen Dschungel der Dritten Welt aus von den Medien vielbeachtete blitzartige Anschläge durchführen, die militärisch zwar unbedeutend, aber politisch folgen-

reich sind, wobei die Terroristen Situationen aus dem Weg gehen, die sie mit gut ausgerüsteten, gut ausgebildeten Antiterrorereinheiten konfrontieren könnten.

Zusammenfassend läßt sich folgender Ausblick geben:

- Der Terrorismus wird weiterbestehen.
- Mit einer weiteren Zunahme ist zu rechnen.
- Die Zahl der schwerwiegenden Anschläge wird sich erhöhen.
- In bezug auf Taktiken, Ziele und Waffen werden sich in absehbarer Zukunft keine Veränderungen gegenüber der Vergangenheit ergeben.
- Einige Staaten werden den Terrorismus weiterhin zur Durchsetzung ihrer Ziele benutzen. Vielleicht steht den Staaten ein langer, weltweiter Guerillakampf bevor.
- Die Terroristen werden auch in Zukunft Krisen hervorrufen, wodurch Regierungen und Großunternehmen gezwungen werden, zunehmend Mittel für die Terrorismusbekämpfung bereitzustellen.

¹⁰⁾ Siehe: Brian M. Jenkins, Neue Arten des Konflikts, Santa Monica 1983.

Terrorismus im Nahen Osten

I. Einführung

Als einleitende Bemerkung zu seinem Beitrag in einem vor kurzem erschienenen Sammelband über den Terrorismus stellte ein britischer Politikwissenschaftler kategorisch fest, daß die Hauptquelle des nahöstlichen Terrorismus das ungelöste Palästinenserproblem sei und daß die gegenwärtige internationale Dimension des Terrorismus zu einem großen Teil auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft bei der Herbeiführung einer politischen Lösung zurückgeführt werden muß¹⁾. Diese Art Aussage ist bezeichnend für westliche Politiker, Wissenschaftler und Journalisten in unserer Zeit geworden. Weil sie praktisch ist, wird sie in den verschiedensten Abwandlungen entsprechend oft genug wiederholt, denn sie bringt die komplexen Probleme der Region auf einen einfachen, bekannten Nenner und suggeriert gleichzeitig Verständnis und Aufgeschlossenheit gegenüber den Ursachen des nahöstlichen Terrorismus. Auch die Schuldzuweisung an eine internationale Gemeinschaft, an Großmächte oder die europäische Staatengruppe ist einfach. Solche Bekenntnisse befriedigen das Bedürfnis, die eigene Betroffenheit einzubringen, und sie unterstreichen die Anteilnahme und das Bewußtsein post-kolonialer Verantwortung für die Dritte Welt.

Die Bedeutung des Palästinenserproblems für die Entwicklung des Terrorismus im Arabischen Raum kann und soll nicht negiert werden; aber es hieße sich einer bequemen Oberflächlichkeit hinzugeben, wolle man den vielschichtigen Terrorismus in dieser konfliktreichen Region auf dieses eine Element reduzieren. Einzelne Wissenschaftler²⁾ haben die Verständnisprobleme westlicher Beobachter des Nahen oder Mittleren Ostens erkannt und bewiesen, wie sehr das Übertragen hiesiger Sichtweisen die Perzeption der politischen Entwicklung in der Arabischen Welt beeinträchtigt. Ganz besonders wird dies deutlich, wenn man erkennt, wie sehr der Fokus auf den israelisch-arabischen Konflikt (oder das Palästinenserproblem) bei westlichen Beobachtern,

besonders Politikern und Journalisten, die Sicht auf die anderen Probleme und Krisenzonen dieses Raumes behindert: Die Konflikte im Tschad, im Sudan und Jemen, die Guerillakriege in der Sahara und an der türkischen Ostgrenze werden genauso peripher wahrgenommen wie die Unterdrückung und Verfolgung von Kurden und Bahais im Iran oder das brutale Niederschlagen von Volksaufständen in Syrien.

Es wird von *dem* Nahostkonflikt gesprochen, so als würde es keinen irakisch-iranischen Krieg geben, der nun schon länger als der Zweite Weltkrieg andauert und mehr Opfer gefordert hat als alle israelisch-arabischen Kriege zusammen. Und immer wieder verkünden Politiker — auch bundesdeutsche — die Beschwörungsformel von der „gerechten Lösung des Palästinenserproblems“, ohne die es keine Ruhe geben kann, so als ob über Nacht der internationale Terrorismus aufhören und im ganzen Nahen Osten Frieden ausbrechen würde, sobald eine irgendwie geartete Einigung zwischen den Konfliktparteien im Streit um Palästina/Israel zustande käme. Aber weder Simplifizierungen noch Lippenbekenntnisse helfen irgend jemandem, sie können nur dazu dienen, den derzeitigen Zustand zu zementieren und Leiden zu verlängern.

Bei der Betrachtung der nahöstlichen Konfliktherde aus europäischer Sicht werden immer wieder einige grundlegende Tatsachen zu wenig berücksichtigt oder gänzlich aus den Augen verloren. Mit Ausnahme Israels hat kaum einer der Staaten von der marokkanischen Atlantikküste bis zum Indischen Ozean eine Regierungsform, die den demokratischen Prinzipien gerecht wird. Die überwiegende Mehrzahl dieser 26 politischen Einheiten wird von mehr oder minder diktatorisch auftretenden Potentaten beherrscht; von Putsch, Attentaten oder Armeerevolten begleitete Regierungsantritte sind mehr Regel als Ausnahme³⁾. Die Entwicklung der in diesem Gebiet heute existierenden Nationalstaaten und ihre Grenzziehung waren Resultate einer Entkolonialisierung, die wenig Rücksicht auf geographische, sozio-ökonomische und ethnisch-konfessionelle Gegebenheiten vor Ort nahm. Grenzkonflikte und die Benachteiligung einer verwirrenden Viel-

¹⁾ Philip Windsor, *The Middle East and Terrorism*, in: R. J. Vincent (Ed.), *Terrorism and International Order: A Summary*, London 1986.

²⁾ Hierzu besonders C. van Nieuwenhuijze, *Sociology of the Middle East, A Stocktaking and Interpretation*, Leiden 1971, und sein Abschnitt über die vermeintliche Modernisierung der traditionellen Gesellschaften, S. 758f.

³⁾ Eine der besten Analysen hierzu ist immer noch Basam Tibi, *Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel*, Frankfurt/M. 1971.

zahl von Volksgruppen waren das Nebenprodukt dieses Prozesses, dessen Nachwirkungen heute noch zu spüren sind.

Das Vorhandensein von Begriffen wie „Arabische Liga“ oder „Syrische Volksrepublik“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser Region die übergreifenden nationalen Identifizierungsmuster die traditionellen sozialen Strukturen mit ihrem Mosaik von Kleingruppen aus tribalen, ethnischen, konfessionellen und regionalen Loyalitäten nur oberflächlich berührt. Weder die Übernahme westlicher Politikkonzepte wie Nationalismus, Sozialismus oder Parlamentarismus noch die Modernisierung der Lebensformen konnten hier einen Einbruch erzielen. Kommt es zur Krise, so erfolgt sofort der Rückfall auf die traditionellen Identifizierungsmuster von Familie, Clan und Religionsgemeinschaft, die Schutz und Wir-Gefühl besser vermitteln können als der gesichtslose Staat und die politische Nation⁴⁾. Die Welle des islamischen Fundamentalismus, von deren Entwicklung wir gerade jetzt Zeuge sind, ist die Antwort einer traditionell geprägten Gesellschaft auf die drohende Entwurzelung durch die vom Westen importierten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsansätze⁵⁾.

Der israelisch-arabische Konflikt dient in dieser komplexen Situation als Brennpunkt, weil er den Zusammenstoß mit dem westlichen Einfluß greifbar bildlich darstellt und nach außen projiziert. Er war jahrzehntelang nützlich, interne Mißstände in den arabischen Staaten selbst und schwelende Differenzen zwischen den Nationen zu überdecken, während er gleichzeitig immer wieder den Anlaß für Ansätze zur Verwirklichung des Traums von der arabischen Einheit bot. Zum anderen wirkten die Niederlagen der arabischen Armeen gegenüber Israel als Katalysator politischer Entwicklungen in diesen Staaten.

⁴⁾ Professor Fouad Ajami, John Hopkins School for Advanced International Studies, New York Times vom 17. 4. 1986 umschrieb diesen Komplex als Trauma „einer aus den Fugen geratenen letzters urbanisierten Jugend... die in einem schreckenerregenden Zeitalter lebt und die empfindet, daß die Welt unter ihren Füßen zusammenbricht“.

⁵⁾ Die iranische Revolution, der Zerfall des libanesischen Staates in ethnisch-konfessionell umgrenzte Herrschaftsgebiete und nicht zuletzt die jüngsten Unruhen in der VR Jemen mit ihrem Rückfall auf tribalistische Trennlinien können als Beispiele angeführt werden.

Terrorismus ist in dieser Region nicht erst in der Phase der Entkolonialisierung oder im Zuge der israelisch-arabischen Auseinandersetzung entstanden; er gehört seit altersher zum Instrumentarium von Konfliktparteien, von Herrschenden und Rebellen, religiösen Sekten und messianischen Bewegungen. Terror war und ist ein Mittel der Machthaber zur Durchsetzung ihrer Politik im eigenen Staat — Syrien lieferte 1982 ein entsprechendes Beispiel bei der Unterdrückung von Unruhen in den nördlichen Industrieregionen, bei denen Zehntausende umkamen. Die Instrumentalisierung von terroristischen Gruppierungen durch arabische Staaten in einer Art Stellvertreterkrieg auf niedriger Konfliktaustragungsebene konnte in den vergangenen Jahrzehnten in zahlreichen inter-arabischen Streitfällen beobachtet werden: zwischen den jemenitischen Nachbarstaaten, zwischen Libyen, dem Sudan und Ägypten, im Dauerkonflikt Irak-Syrien oder bei wiederholten Einflußnahmen Syriens auf Jordanien.

Bei dieser Art Auseinandersetzungen hat der israelisch-arabische Konflikt keine oder nur insofern eine Nebenfunktion, als er zum Vorwand und zur Tarnung der eigentlichen Machtinteressen und Beweggründe dient. Wenn in den letzten zwei Jahrzehnten in dieser Hinsicht eine Veränderung erfolgt ist, dann nur in der räumlichen Verlagerung solcher Konfliktaustragungen. Nachdem PLO-Gruppen mit den ersten Flugzeugentführungen 1968/69 die israelisch-arabische Konfrontation direkt nach Europa brachten und bewiesen, welche günstigen Bedingungen dort existieren, zogen andere Kontrahenten nach. Europa lag nah und verkehrsgünstig. Ein Anschlag auf diesem neuen Ersatzkriegsschauplatz hatte mehr Medienwirksamkeit, besaß höheren publizistischen Stellenwert als eine Aktion in der arabischen Region oder Israel. Eine Vielzahl von „weichen“ Zielen bot sich an. Die Täter hatten — wenn sie überhaupt gefaßt wurden — ein geringeres Strafmaß zu erwarten als in den arabischen Ländern. Oft wurden sie abgeschoben, um Nachfolgeaktionen zu ihrer Befreiung zu verhindern oder um die prekären Beziehungen zu bestimmten arabischen Staaten nicht zu belasten. Die Europäer erwiesen sich dabei als besonders empfänglich für die „Propaganda der Tat“⁶⁾.

⁶⁾ So nannte der französische Anarchist Paul Brousse den Terrorismus, vgl. Historisches Wörterbuch der Philosophie, Darmstadt 1971, Bd. I, S. 287.

II. Kein Ausweg für die Palästinenser

Am 27. Dezember 1985 verübten zwei Teams der palästinensischen Terrororganisation des Abu Nidal fast zeitgleich Angriffe auf die Passagiere an den El Al-Abfertigungsschaltern der Flughäfen von Rom und Wien. Am 6. September 1986 richtete eine aus Schiiten und Palästinensern bestehende Gruppe Abu Nidals in der Synagoge von Istanbul ein Blutbad unter den Betenden an. 21 jüdische Gläubige kamen ums Leben. Beide Anschläge hatten gemeinsam, daß sie Ansätze zu friedlichen Regelungen im israelisch-arabischen Konflikt torpedieren sollten. Die Anschläge von Wien und Rom ereigneten sich in den zwei europäischen Ländern, die den Führungsanspruch Arafats unterstützten — und zu einer Zeit, als die Gespräche zwischen Jordanien und der PLO über eine Beteiligung an den Westbank-Verhandlungen mit Israel in ein entscheidendes Stadium getreten waren. Das Massaker in Istanbul zielte auf die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen zwischen dem israelischen und ägyptischen Regierungschef über die Sinai-Enklave von Taba.

Historische Wurzeln des Palästinenserproblems

Die Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung, die ihren Anfang in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg nahm, ist eine immer wiederkehrende Folge von Rückschlägen, Niederlagen, wechselnden Allianzen, innerer Uneinigkeit und blutigen internen Fehden. Ihr wesentliches Merkmal war und ist die Fixierung auf eine kompromißlose Lösung mit dem bewaffneten Kampf als einzigem Weg zur Befreiung Palästinas⁷⁾. Nichts hat den Palästinensern in den vergangenen Jahrzehnten mehr geschadet als ihre eigenen Führer, deren zweifelhafte Allianzen und Unfähigkeit zur Entwicklung einer politischen Lösung der Ausdehnung und Festigung des jüdischen Staates den meisten Vorschub gab und das palästinensische Volk in immer neue Katastrophen stürzte. Die „Arabische Rebellion“ der Jahre 1936—1939 führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten und radikalen palästinensischen Politikern, zum Exil der Wortführer und zu Banditentum unter den Freischärlern, gegen die sich schließlich die eigene Bevölkerung wandte. Die Suche nach einer Anlehnungsmacht brachte die palästinensische Nationalbewegung im Zweiten Weltkrieg in die verhängnisvolle Verbindung mit Italien und Deutschland. Das Nichteingehen auf die UNO-Teilungspläne führte direkt zur Katastrophe von 1948, zum Massenexo-

odus und zur Übernahme der palästinensischen Sache durch die arabischen Anrainerstaaten, die ihre eigenen Machtinteressen und Annexionspläne verfolgten. In den zwei Jahrzehnten zwischen 1948 und 1968 blieben die Palästinenser nur Parteigänger arabischer radikaler Parteien, Spielball zwischen den Polen arabischer Machtpolitik: Kairo und Damaskus. Der Versuch Jassir Arafats, nach Übernahme der PLO einen eigenständigen Kurs durch Ausnutzung der Freiräume zwischen den arabischen Machtblöcken zu steuern, erlitt immer wieder Schiffbruch.

Da sich die Palästinensische Befreiungsorganisation bisher von ihrem Diktum der bewaffneten Aktion nicht lösen konnte und wollte, benötigt sie als Freischärlerverband Waffen, logistische Hilfe und territoriale Operationsbasen — was sie unweigerlich in Abhängigkeit von arabischen Anrainerstaaten und Unterstützungskräften bringt. Dabei war und ist die PLO nie mehr als ein Dachverband, zusammengesetzt aus den verschiedensten Freischärlergruppen, die sich nur auf den untersten gemeinsamen Nenner — die Gegnerschaft zu Israel — einigen können, aber über den politischen Weg zerstritten sind. Den arabischen Staaten ist es daher immer wieder möglich, durch Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Gruppierungen und durch Förderung von oppositionellen Elementen in der PLO Einfluß zu nehmen. Jede Auseinandersetzung zwischen den Staaten der Region kann sich auch als Stellvertreterkrieg zwischen palästinensischen Freischärlergruppen entwickeln. So lieferten sich z. B. in den siebziger Jahren von Irak und Syrien unterstützte PLO-Gruppen in den Straßen Beiruts Feuergefechte, als im Grenzgebiet der beiden Staaten wieder Kampfhandlungen ausgebrochen waren.

Wenn es eine Chance für eine Einheit der Palästinenser je gegeben hat, dann nach der Vertreibung aus Jordanien im „Schwarzen September“ von 1970. Zwar erkannten die PLO-Funktionäre die Gründe für den verheerenden Bürgerkrieg in der Disziplinlosigkeit der eigenen Freischärler und den Manipulationen durch radikale Gruppen, die von Irak und Syrien gesteuert waren⁸⁾, aber es erfolgte keine wirkliche Veränderung der Bedingungen. Die Ereignisse, die den Konflikt im Libanon herbeiführten, glichen auf fatale Weise denen in Jordanien. Währenddessen blieb es die unerklärte Politik Arafats, zwischen den Polen nahöstlicher Einfluszentren hin- und herzumanövrieren, um durch eine wechselnde Folge von Allianzen sicherzugehen, daß die Palästinenser (sprich: die PLO) das wichtigste Element in der

⁷⁾ Diese Entwicklungen hat der Autor ausführlich in: Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie. Die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918 bis 1981, München 1982, beschrieben.

⁸⁾ Siehe Abu Ijad, Heimat oder Tod. Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf 1979, S. 112ff.

nähöstlichen Gleichung bleiben⁹⁾. Das Vetorecht der PLO sollte durch diesen Balanceakt, bei dem über die Jahre Ägypten gegen Syrien ausgespielt und Unterstützung in Moskau und Riad, im Irak, Iran und in Libyen erhofft wurde, gesichert bleiben. Natürlich führte eine solche Wechsellpolitik auch zu Widerständen in den eigenen Reihen, wo Arafats diplomatische Versuche als Kapitulationspolitik gedeutet wurden. Syrien, das seit den sechziger Jahren versucht, die PLO zu dominieren, mißtraut der PLO-Führung. Jede Friedensregelung zwischen Israel und Jordanien, die eine irgendwie geartete Regelung der Palästinenserfrage einschloße, würde eine Isolierung Syriens als letzten Frontstaat herbeiführen. Damaskus ist zum Hort einer Ablehnungsfront palästinensischer radikaler Gruppen geworden, deren Ziel die Ablösung der Führungsspitze um Arafat und ein radikalerer Konfrontationskurs der PLO ist.

Machtkampf innerhalb der PLO

Die gegenwärtige Situation der PLO wird von wachsenden internen Spannungen bestimmt, ausgelöst durch die seit dem Camp-David-Abkommen mit neuer Härte ausgefochtenen Fehden innerhalb der palästinensischen Bewegung. Ein Element dieses Binnenkonflikts zwischen den Anhängern Arafats und den Verfechtern eines radikalen Kurses ist die Kette von Attentaten auf PLO-Repräsentanten im Ausland, die mit der Erschießung von Said Hammami im Januar 1978 begann und die mit dem Mord an Issam Sartawi, dem PLO-Delegierten der Sozialistischen Internationale, im April 1983 einen spektakulären Höhepunkt fand. Arafats Fatah schlug zurück, indem sie sich gegen die Unterstützerländer der radikalen Freischärlergruppen wandte — zuerst mit Angriffen auf irakische, später auf syrische Institutionen im Ausland und in Syrien selbst. Die jüngste Phase dieser Entwicklung wurde im Dezember 1984 mit einer neuen Folge von Anschlägen durch eine Gruppe „Schwarzer September“ eingeleitet, die sich gegen die Annäherung zwischen Arafat und König Hussein richtete. Diese Aktionen, hinter denen die von Syrien gesteuerten Akteure Abu Nidals standen, wurden schlagartig eingestellt, nachdem die jordanische Regierung im Juli 1986 im Anschluß an einen überraschenden Gipfel zwischen Präsident Assad und König Hussein die PLO-Büros in Amman schließen ließ und führende Arafat-Anhänger des Landes verwies.

Die palästinensische Nationalbewegung ist heute in drei Komponenten zerstritten. Der massiven

⁹⁾ Zur Politik von Arafat vgl. die Interviews in: Der Spiegel (1985) 29 und (1986) 29, und Rolf Tophoven, PLO — Zwischen Terror und Diplomatie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/79 v. 15. 12. 1979, der auch einen Überblick über die größeren PLO-Gruppen gibt.

Niederlage im Libanonkrieg von 1982 folgte eine Rebellion in den Reihen der Fatah, die von Syrien und Libyen unterstützt wurde. Die Rebellen Abu Moussa, Abu Khaled el-Amla und Nimr Saleh schlossen sich mit ihren Anhängern der in Damaskus geformten Verweigerungsfront — dem „Nationalen Revolutionären Bündnis“ — an, dem Achmed Jibrils „Volksfront Generalkommando“, die von der syrischen Baath-Partei kontrollierte „Saika“, ein Teil der aufgesplitterten „Palästinensischen Befreiungsfront“ und die „Volkskampffront“ angehören. George Habbasch und Naif Hawatmeh, deren „Volksfront“ und „Demokratische Volksfront“ in einer gemeinsamen „Demokratischen Allianz“ zu den entschiedensten Herausforderern der Politik Arafats gehören, haben sich zwar dieser Ablehnungsfront nicht direkt angeschlossen, unterstützen sie aber. Arafats PLO stützt sich nur noch auf seine eigene Hausmacht „El Fatah“, die irakische „Arabische Befreiungsfront“ und den von Abul Abbas geführten Teil der „Befreiungsfront“. Aber auch in diesen Reihen gärt die Unzufriedenheit. Es fehlt an Erfolgen. Die PLO muß, um nicht weitere Spaltungen zu erfahren, der eigenen militanten Rhetorik wegen den Kampf gegen Israel intensivieren. Nur vor diesem Hintergrund lassen sich die internationalen Anschläge der Fatah-eigenen „Gruppe 17“ oder die „Achille-Lau-ro“-Affäre von Abul Abbas Volksfront erklären. Dabei ist das Bemühen zu erkennen, sich nur auf israelische Ziele zu konzentrieren, um politische Folgeschäden zu minimieren. Wenn dieser Plan fehlschlägt, wie bei den Ereignissen auf der „Achille Lauro“, differenziert sich die PLO-Führung und bietet sich als Vermittler an — eine Methode, die bereits 1972/73 bei den Anschlägen des „Schwarzen Septembers“ politische Erfolge brachte¹⁰⁾.

An der jetzigen Konstellation wird sich in absehbarer Zeit keine wesentliche Veränderung ereignen können. Solange die PLO und ihre Freischärlergruppen ihren Alleinvertretungsanspruch für die Palästinenser aufrechterhalten, kann die in sich zerstrittene palästinensische Nationalbewegung keine Rolle in einer irgendwie gearteten Konfliktlösung mit Israel spielen. Im Gegenteil: Jeder Anschein direkter Verhandlungen mit Israel oder einer Kompromißform wird wie in der Vergangenheit zu einer neuen Runde bewaffneter Auseinandersetzungen und terroristischer Anschläge auf regionaler und internationaler Ebene führen. Wie in früheren Phasen des Konflikts um Palästina hat sich die Militanz der palästinensischen Bewegung längst gegen sich selbst gerichtet. Keine Kompromißlösung wird das radikale

¹⁰⁾ Zu den Anschlägen von PLO und Ablehnungsfront siehe die Analyse des Jaffe Center for Strategic Studies, Ariel Merari et al, Inter 86, A Review of International Terrorism in 1985, Tel Aviv — Jerusalem 1986.

Potential in den Freischärlergruppen befriedigen, und auch die im Westen als „gemäßigt“ verkaufte PLO-Führung um Arafat ist längst bewußt oder unbewußt in der eigenen Rhetorik gefangen. Selbst wenn Israel sich zu Konzessionen bereit findet — und der Terrorismus liefert nur den Hardlinern die Argumente für eine Verhand-

lungsverweigerung mit der palästinensischen Führung —, könnte eine Vertragsregelung angesichts der Widerstände im radikalen Teil der PLO nicht durchgesetzt werden. Die Beschwörungsfloskeln europäischer Politiker von der gerechten Lösung der Palästinenserfrage wird diese Kräfte auf ihrem bisherigen Weg nur bestätigen.

III. Islamischer Fundamentalismus, Libanon und die Schiiten

Nach einer statistischen Analyse des Zentrums für Strategische Studien an der Tel Aviver Universität verursachten nahöstliche Gruppen 1985 weltweit 31,2% der terroristischen Anschläge mit internationalem Charakter: 70 (oder 17,2%) der Attentate, Bombenanschläge oder Entführungen gingen auf das Konto palästinensischer Terroristen, 57 Aktionen (14%) wurden durch radikale Schiiten durchgeführt — allein 35 der Anschläge liefen unter dem Namen „Islamischer Jihad (Heiliger Krieg)“¹¹⁾.

Das Auftauchen des schiitischen Terrorismus allein auf den israelischen Einmarsch im Libanon 1982 zurückzuführen — so wie dies von einigen Kommentatoren grob vereinfachend dargestellt wird —, hieße die eigentlichen Ursachen und Konsequenzen dieses Phänomens zu verkennen. Zwar wirkten die israelische Besetzung des südlichen Libanons und die verhängnisvolle israelische Bündnispolitik mit den maronitischen Kräften¹²⁾ als Katalysator, aber das Erstarken radikaler Gruppen innerhalb der schiitischen Glaubensgemeinschaft im Libanon begann Jahre vor der israelischen Invasion. Die neue Welle des islamischen Fundamentalismus, der die Triebfeder des gegenwärtigen schiitischen Terrorismus darstellt, ist auch nicht nur auf den Libanon oder die schiitische Glaubensgemeinschaft begrenzt, sondern tritt als drohender Destabilisierungsfaktor in den verschiedensten Ländern der Region auf: in der Türkei genauso wie im Sudan, in Ägypten, in Syrien und den Golf-Emiraten wie auch in der Westbank und unter den Arabern in Israel. Die Rückkehr zur islamischen Orthodoxie ist Reaktion auf soziale und politische Mißstände, auf die eingangs erwähnten Modernisierungseinflüsse durch Urbanisierung und westliche Technologie, mit denen die Vernichtung herkömmlicher Lebensformen und Strukturen einhergeht, und auf den Bankrott westlicher Heilslehren wie Marxismus und Nationalismus in dieser Region.

Die Rolle der Schiiten im Libanon

Zwei Faktoren begünstigten die Entwicklung radikal-schiitischer Bewegungen im Libanon: Der Zerfall des libanesischen Staates brachte eine Neuordnung der Kräfteverhältnisse, in der die schiitische Bevölkerungsgruppe aus ihrer bisherigen peripheren politischen Rolle ausbrechen konnte. Der Erfolg der islamischen Revolution im Iran verschaffte den Schiiten hierfür eine einflußreiche Anlehnungsmacht.

Auf die Bühne des internationalen Terrorismus traten die Schiiten erstmalig Ende der siebziger Jahre mit Flugzeugentführungen, durch die sie auf das Schicksal ihres verschwundenen Führers Imam Musa al-Sadr aufmerksam machen wollten. Nicht vergessen werden sollte, daß palästinensische Gruppen — in ihrem Bestreben, einen Prellbock für ihre Auseinandersetzungen mit den staatstragenden libanesischen Kräften zu gewinnen — beim Aufbau schiitischer Milizen wesentliche Unterstützung leisteten. Im Laufe von zehn Jahren haben sich aber die Austragungsebenen des andauernden libanesischen Binnenkonflikts völlig verändert. Der Bürgerkrieg, dessen erste Phase zwischen Palästinensergruppen und ihren links-libanesischen Alliierten und den staatstragenden Milizen der Maroniten mit dem Zerfall des Staatswesens zur syrischen Intervention führte, ist längst ein Kampf aller gegen alle um Einflußzonen und Herrschaftsgebiete geworden. Das Jahr 1986 wurde dabei von Angriffen schiitischer Milizionäre auf palästinensische Lager geprägt, mit denen auf die Rückkehr von PLO-Gruppen nach Beirut und in den südlichen Libanon reagiert wurde.

Terroristische Taktiken wie Geiselnahmen, Attentate, Sprengstoffanschläge und Fahrzeugbomben wurden und werden in diesem Bürgerkrieg von allen Parteien angewendet. Wenn die Schiiten in dieses Chaos eine neue Qualität des Terrors einbrachten, dann nur in dem Maße, daß sie mit einigen spektakulär inszenierten Selbstmordangriffen Aufsehen erregten — ein Faktor, der von den Weltmedien überbewertet wurde. Trotz des Mythos des Märtyrertodes im schiitischen Islam bleibt es auch für dessen radikalste Gruppen

¹¹⁾ Merari (Anm. 10), S. 10f.

¹²⁾ Die beste Analyse über die Verwicklung Israels im Libanon und über die Hintergründe der Invasion von 1982 bieten Zeev Schiff und Ehud Yaari, *Israel's Lebanon War*, New York 1984.

schwierig, Freiwillige für Kamikaze-Operationen zu finden. Obwohl solche Angriffe mehr Ausnahme als Regel darstellen, haben auch andere libanesischen Gruppen, wie z. B. die „Syrisch Sozialistisch-Nationale Partei“, die Methode wie auch die Presseaufbereitung (durch Video-Interviews mit dem Selbstmordkandidaten) nachgeahmt.

Die Schiiten sind mit rund 700 000 Menschen die größte der 13 ethnisch-konfessionellen Gemeinschaften des Libanons mit Siedlungszentren in West- und Süd-Beirut, in der Bekaa-Ebene und im südlichen Libanon. Aber auch diese Bevölkerungsgruppe ist kein monolithischer Block, sondern zerfällt politisch in zahlreiche Untergruppen von Anhängerschaften führender, landbesitzender Familien, örtlicher Notabeln und Mullahs. Eine Polarisierung dieser Volksgruppe erfolgte erst durch den 1959 aus dem Iran in den Libanon eingereisten islamischen Rechtsgelehrten (Mufti) Said Musa al-Sadr. Mufti Sadr wurde bald zu einer populären Führerfigur, zum Imam, dessen Gefolgschaft sich vornehmlich aus dem immer mehr zur Kampfzone werdenden Südlibanon rekrutierte, wo die PLO-Gruppen die Errichtung eines Ersatz-Palästinas betrieben, zum Staat im Staate wurden und die Einwohner verdrängten. Imam Sadr gründete die „Bewegung der Entrechteten“, deren Miliz „Amal“ 1975 mit Unterstützung der PLO entstand und auf seiten der Palästinenser gegen die Maroniten kämpfte. Mit dem Einmarsch der Syrer verließ Amal diese Allianz und wandte sich der Etablierung einer Einflußzone im Südlibanon zu, was ab 1977 zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der PLO führte. Im August 1978 verschwand Imam Sadr während einer Flugreise in Libyen¹³). Einer seiner Gefolgsleute, der Anwalt Nabih Berri, übernahm die Führung der Amal, die durch die Allianz mit Syrien und dem Iran zu einem wichtigen Faktor im libanesischen Mosaik heranwuchs.

Der schiitische Terrorismus

Wie bei der PLO resultiert ein großer Teil des schiitischen Terrorismus aus den Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen: Bombenanschläge und Attentate gegeneinander werden abgelöst von spektakulären Angriffen auf internationaler Ebene gegen Dritte (Israel, Frankreich, die USA) als „acte de présence“, mit denen die Fraktionen versuchen, sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Solange Israel im Südlibanon auftrat, waren Angriffe auf die Besatzungsmacht ein publikumswirksames Werbemittel und überdeckten die internen Rivalitäten. Sehr bald aber

¹³) Zur Rolle der Schiiten im Libanon heute: Fouad Ajami, *Lebanon and its Inheritors*, in: *Foreign Affairs*, Spring 1985, S. 778 ff.

nutzten sich solche äußeren Feinde als Einigungsfaktor ab.

Nabih Berri laizistische Amal wird in zunehmendem Maße von radikaleren Elementen herausgefordert, die im Libanon einen Gottesstaat nach iranischem Vorbild errichten und den Südlibanon zu einem neuen Zentrum formen wollen, von dem aus die islamische Revolution in die arabische Welt exportiert werden kann. Berri, der in der Regierung des Amin Gemayel Minister für Justiz und den Südlibanon ist, geht es um die Festigung des schiitischen Einflusses im innerlibanesischen Machtgefüge. Er steuert einen Mittelkurs, damit Amal das Sammelbecken der verschiedensten schiitischen Bevölkerungsgruppen bleibt — auch jener, die nicht den theokratischen Staat nach dem Vorbild des Iran im Libanon wollen¹⁴). Diese Politik ist auch in der Amal nicht unumstritten. Innerhalb der Bewegung versuchen Radikale, die Führung durch Aktionen in ihre Richtung zu drängen, wie dies am Beispiel der Geiselnverhandlungen nach der TWA-Entführung im Juni 1985 deutlich wurde. Regionale Amal-Kommandeure verfolgen mitunter einen eigenen Kurs ohne Berücksichtigung der Amal-Spitze in Beirut, wie z. B. der Führer von Tyre, Daoud-Daoud, der Berri Abhängigkeit von Syrien kritisiert.

Auf dem linken Flügel wird der Führungsanspruch der Amal durch eine neue Generation strittig gemacht, die im Laufe der Bürgerkriegsjahre in den radikalen politischen Organisationen aufgestiegen ist. So leitet der Schiit Muchsim Ibrahim die Organisation der „Libanesischen Kommunistischen Aktion“, die, ursprünglich von der palästinensischen „Demokratischen Volksfront“ (Naif Hawatmeh) unterstützt, in den siebziger Jahren durch Sprengstoffanschläge im Libanon und den Golf-Emiraten bekannt wurde. Der prosyrische Flügel der libanesischen Baath steht seit Jahren unter dem Befehl von Issam Quansuh, während andere Schiiten, wie der politische Sekretär Qarim Buruwa, in das Führungsgremium der Libanesischen Kommunistischen Partei vorgestoßen sind¹⁵).

Ein Zentrum der radikal-schiitischen Fundamentalisten religiöser Prägung ist Baalbek, wo die aus dem Iran 1980 entsandten Pasdaran ihr Hauptquartier haben. Unter dem Vorwand der Teilnahme am heiligen Krieg gegen Israel etablierten sich Hunderte dieser Revolutionsgardisten

¹⁴) Zur Person Berri und der Amal-Politik siehe das Spiegel-Interview in Nr. 7/84, S. 101 ff.

¹⁵) Eine Übersicht über die verwirrende Vielfalt libanesischer Bürgerkriegsparteien und ihrer politischen und ethnisch-konfessionellen Verbindungen hat der Verfasser in seinem Buch „Der Bürgerkrieg im Libanon“, München 1979, gegeben.

fernab von der Front im Bekaa. Unter dem Schutz der dort stationierten syrischen Streitkräfte beteiligten sich die Iraner an den innerlibanesischen Machtkämpfen und bauten die „Islamische Amal“ auf. Diese in scharfer Opposition zur Amal stehende Fraktion entstand 1981 durch eine Spaltung innerhalb der Amal, bei der Hussein Mussawi, der frühere Stellvertreter Nabih Berris, sich gegen dessen kompromißbereiten, weltlichen Kurs der Schiiten-Bewegung wandte. Ein Verwandter Mussawis, Scheich Abbas Mussawi, ist einer der geistigen Führer von „Hezbollah“ (Die Partei Gottes), einer Dachorganisation der Gefolgschaften verschiedener Mullahs von Beirut und dem südlichen Libanon, unter der Leitung des Scheich Mohammed Hussein Fadlallah. Die libanesishe Hezbollah steht in engem Kontakt mit dem Iran, wo 1981 eine gleichnamige Bewegung als Instrument des Obersten Rates der Islamisch-Iranischen Revolution gegründet wurde. Bewaffnete Auseinandersetzungen

zwischen den Anhängern von Amal und Hezbollah gehörten 1985 zur Tagesordnung und führten im März und April zu einer verheerenden Serie von Autobomben-Attentaten, die wechselseitig gegen Moscheen und Treffpunkte gerichtet waren¹⁶).

Der immer wieder bei Anschlägen genannte Name „al Jihad al-Islami“ (Islamischer Heiliger Krieg) bezeichnet dagegen keine feste Organisation, sondern dient als eine Art Symbol für die verschiedenartigsten Gruppen und Zellen, von denen einige wie die „Unterdrückten der Erde“ oder das Beiruter „Imam Hussein Selbstmordkommando“ des Scheich Abdel Illah el-Mussawi mit Hezbollah liiert sind. Bei den verschiedenartigsten Aktionen seit April 1983 wurde aber ersichtlich, daß der anonyme Name des Jihad al-Islami lediglich eine brauchbare Tarnung für die staatlichen Drahtzieher war, deren Absichten mit den Terroraktionen gedient wurde.

IV. Staatliche Sponsoren des Terrorismus

Nach Professor Elie Kedouries sind Terror und Terrorismus keine vorübergehende Erscheinung in der Politik der arabischen Staaten, sondern „Manifestation einer tiefverwurzelten Entgleisung der islamischen Gesellschaft im modernen Zeitalter, der weitverbreiteten Überzeugung, daß gewalttätige politische Aktion fruchtbringend sei, ... (was) auch auf die Tatsache zurückgeht, daß zahlreiche islamische Regime, die der Legitimität entbehren, sich zwecks Beibehaltung ihrer Herrschaft der Waffe der Verschwörung und des Staatsstreichs bedienen“¹⁷).

Nicht erst seit dem Herbst 1986 und den Verfahren gegen die Brüder Hindawi und Hasi in London und Berlin wissen Sicherheitsbehörden und Politiker in den europäischen Staaten, daß verschiedene arabische Staaten eine aktive Rolle hinter den Kulissen des internationalen Terrorismus spielen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten fehlte es nicht an zahlreichen Indizien und Hinweisen, aber wirtschaftspolitischer Opportunismus — die Abhängigkeit von Ölimporten, Petrodollars und Exportmärkten — ließ westliche Regierungen schweigen. Man beeilte sich, festgenommene Attentäter oder Agenten abzuschicken, um diplomatischen Komplikationen aus dem Wege zu gehen, und beließ es bei Protestnoten, wenn Staaten wie Libyen und der Iran, Irak und Syrien in europäischen Staaten tödliche Jagd auf Regimegegner und Oppositionelle

machten, die hier politisches Asyl genossen. Die Schwierigkeit europäischer Staaten, sich zu Maßnahmen gegen den Terrorismus zusammenzufinden, die halbherzigen Formulierungen von Resolutionen und die Unfähigkeit zu Sanktionen signalisierten den Drahtziehern des Terrorismus nur einmal mehr die Erpreßbarkeit der westlichen Welt.

Die Rolle Syriens im internationalen Terrorismus

Syrien benützt seit den fünfziger Jahren terroristische Taktiken und Gruppen in seinen Versuchen, die Nachbarstaaten Irak, Libanon und Jordanien zu destabilisieren. Selbst die Gründung von Jassir Arafats Fatah wurde 1963/64 durch den Chef der Nachrichtenabteilung des syrischen Generalstabes, Oberst Achmed Sweidani, bewerkstelligt¹⁸). Heute ist das alawitische Minderheitenregime Hafez al-Assads bestrebt, Syrien zur überragenden Führungsmacht der Region werden zu lassen. Der Umstand, daß heute noch eine libanesishe Regierung dem Namen nach in Beirut existiert, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Damaskus längst seinen Hegemonialanspruch auf den Libanon verwirklicht und die Grenzziehung der französischen Mandatszeit durch die de facto Annexion der Region von Tripoli und der Bekaa-Ebene rückgängig gemacht hat. Durch die abwechselnde Unterstützung der verschiedensten Bürgerkriegsparteien ist es Sy-

¹⁶) „Movements within Movements“ in: Time vom 1. 7. 1985 über Fraktionen der Schiiten im Libanon.

¹⁷) In: B. Netanyahu (Ed.), Terrorism — How the West Can Win, New York, 1986, S. 75 f.

¹⁸) Vgl. Thomas Kiernan, Yasir Arafat — The Man and the Myth, London 1976, S. 187 ff., und Ehud Yaari, Strike Terror, The Story of Fatah, New York 1970, S. 32 f. u. 56.

rien gelungen, auch noch die Reste jeglicher staatlichen Autorität im Libanon zu untergraben.

Die Versuche der europäischen Staaten und der USA, die Autonomie des libanesischen Staates nach der israelischen Invasion zu stabilisieren, wurden von Syrien in einem klassisch inszenierten Modellbeispiel von „low-intensity warfare“ unterbunden. Während die von Syrien unterstützten drusischen Milizen Beirut und die multinationale Friedenstruppe unter ständigem Feuer hielten, sorgten die von Damaskus dirigierten¹⁹⁾ Autobombenangriffe von al-Jihad al-Islami auf die Hauptquartiere der französischen und amerikanischen Kontingente der Friedenstruppe dafür, daß die besorgten Wähler in den Heimatländern der Soldaten einen Abzug aus dem libanesischen Sumpf forderten. Für den Gegenanschlag der amerikanischen Militärmaschinerie bot sich kein Ziel. Assad hielt sich diplomatisch bedeckt und wurde erneut in der von ihm beanspruchten Schlüsselrolle bestärkt, während der Abzug des amerikanischen Kontingents der gesamten arabischen Welt den Mangel an der politischen Einsatzbereitschaft Washingtons im Nahen Osten demonstrierte²⁰⁾.

In ähnlicher Weise fördert das syrische Regime anonyme terroristische Aktionsgruppen aus den palästinensischen Kreisen, um den von Amerika initiierten Friedensprozeß zu torpedieren. Am augenscheinlichsten wurde diese Methodik bei der bereits erwähnten, gegen Jordanien gerichteten Terrorwelle, die in dem Moment aufhörte, als König Hussein den syrischen Forderungen nachgab und das Abkommen mit der PLO aufkündigte. Die wiederholten Beteuerungen aus Damaskus, die syrische Regierung hätte mit dem internationalen Terrorismus nichts zu tun, stehen nicht nur im krassen Gegensatz zu den zahlreichen Verbindungen zwischen Syrien und den radikalsten Gruppierungen der schiitischen und palästinensischen Terrorszene, sondern auch zu dem offensichtlichen Einfluß, den Syrien in seiner „Vermittlerrolle“ auf diese Gruppen ausübt. So endete die Attentatsreihe des Sommers 1986 in Frankreich mit der Freilassung von französischen Geiseln in dem Moment, als die französische Regierung Assads Vermittlung mit den bereits seit langem geforderten Waffenlieferungen honorierte.

¹⁹⁾ Hintergründe über die Verbindungen des „Islamischen Heiligen Kriegs“ sowie der Gruppen „al Da'wa“, „al Amal al Islami“, „Hezbollah“ und „Mudschahedin“ mit dem Iran und Syrien wurden als Bericht von Mohammed Selhami in der Pariser „Jeune Afrique“ vom 25. 1. 1984 veröffentlicht.

²⁰⁾ Vgl. Fouad Ajami (Anm. 13), S. 797ff. In den arabischen Medien wurde der Abzug der US Marines aus Beirut mit Dünkirchen verglichen.

Die Auswirkungen des schiitischen Terrorismus in anderen Ländern

Waffenlieferungen Frankreichs bilden auch das Motiv für terroristische Aktionen radikal-schiitischer Organisationen in Frankreich und gegen französische Staatsbürger im Libanon, die vom Iran über Syrien kontrolliert werden. Beide Staaten stehen mit dem Irak in Konflikt, der von Frankreich Rüstungshilfen erhält. Frankreich hat ferner führenden iranischen Exilpolitikern Asyl gewährt und wurde auch in diesem Zusammenhang Schauplatz von Attentaten. Schiitische Organisationen zeichneten — oft zusammen mit palästinensischen Splittergruppen — in den letzten zwei Jahren für eine Reihe von Anschlägen in Mittelmeerländern verantwortlich. Teils waren diese Angriffe gegen die USA gerichtet (wie bei der Bombenexplosion in einem von amerikanischen Soldaten besuchten Madrider Restaurant, bei dem am 14. April 1985 18 Personen getötet und 82 verletzt wurden), teils sollten sie bei früheren Anschlägen festgenommene schiitische Terroristen freipressen.

Der iranische Terrorismus richtet sich aber nicht nur gegen westliche Staaten; Attentate, Geiselnahmen, Flugzeugentführungen und Bombenanschläge werden vom Khomeini-Regime in gleichem Maße gegen gemäßigte Regierungen in der arabischen Welt eingesetzt. Diese Aktivitäten werden von dem Umstand begünstigt, daß in den Golf-Emiraten, in Kuwait und Saudi-Arabien Hunderttausende von Schiiten entweder als Gastarbeiter oder als Angehörige einer einheimischen Minderheit leben, die besonders in Saudi Arabien jahrzehntelanger Benachteiligung und Unterdrückung ausgesetzt waren. Im Mai 1985 ereigneten sich zwei Bombenanschläge in Riad, für die der Islamische Heilige Krieg verantwortlich zeichnete, dessen Bekenner-Erklärung eine Terrorwelle gegen die saudische Monarchie unter Bezugnahme auf deren Unterstützung des Iraks ankündigte. Andererseits wurde der saudische Botschafter im Libanon im Mai 1985 nach 16 Monaten Gefangenschaft von seinen Geiselnehmern freigelassen, nachdem seine Regierung Präsident Assad direkt um eine Intervention bat. In ähnlichem Zusammenhang steht auch die Entsendung eines saudischen Sonderbotschafters nach Teheran, der sich der Unterstützung der iranischen Regierung für den friedlichen Ablauf der alljährlichen Pilgersaison versicherte.

Kuwait ist seit 1983 wiederholt Schauplatz schiitischer Terroraktionen gegen amerikanische und irakische Ziele gewesen, deren Drahtzieher im Iran sitzen: Federführend war die Gruppe „Al Da'wa“ (Der Ruf), die zwar über einen libanesischen Zweig verfügt, deren Leitung aber dem Führer des Obersten Rats der Iranisch-Islamischen Revolution, Hodschatoleslam Mohammed

Bakr al Hakim, untersteht²¹). Kuwait ist selbst Zielobjekt, nachdem 17 Angehörige von al Da'wa wegen einer Serie von Bombenanschlägen in Kuwait gegen amerikanische, französische und örtliche Ziele festgenommen und verurteilt wurden. Durch Entführungen von kuwaitischen Botschaftsangehörigen und Amerikanern im Libanon versuchte diese Gruppe, ihre Mitglieder freizupressen. Im Mai 1985 richtete sich ein Selbstmordangriff mit einer Autobombe sogar direkt gegen den Emir von Kuwait.

Libyens Rolle im internationalen Terrorismus

Libyens Unterstützung der verschiedensten Gruppierungen, die sich terroristischer Praktiken bei der Verfolgung ihrer jeweiligen „Befreiungskämpfe“ bedienen, ist an anderer Stelle oft genug dokumentiert worden und wurde zuletzt wieder von Staatschef Gadhafi in einem Presseinterview bestätigt, bei dem er den Palästinensern sein Land als Operationsbasis anbot²²). Der libysche Revolutionsführer hat seine entschiedene Ablehnung jeglicher Verhandlungslösungen des israelisch-arabischen Konflikts erklärt und unterstützt radikale PLO-Fraktionen. Obwohl offiziell jede Verbindung abgestritten wird, weisen Indizien auf eine zumindest logistische Unterstützung der Gruppe Abu Nidals durch den libyschen Geheimdienst hin²³).

Die zögernde Haltung der europäischen Staaten gegenüber dem Regime Gadhafis ist angesichts der seit Jahren offen betriebenen Ermordung von Exil-Libyern und der aktenkundigen Umtriebe libyscher Botschaften unverständlich. Hierzu ge-

hörte in der Bundesrepublik u. a. die Anwerbung und Ausbildung von Rechtsradikalen als Perspektivagenten, die im Sommer 1986 durch eine Veröffentlichung des „SPIEGEL“-Magazins bekannt wurde²⁴).

Wie wenig die arabischen Staaten gewillt sind, ihre Solidarität mit der Diktatur Gadhafis zu bekunden, zeigte die mangelnde Reaktion der arabischen Welt nach der amerikanischen Bombardierung. In dem Versuch, seine „Grüne Revolution“ zu exportieren und eine Führungsrolle in der arabischen Welt nach dem Vorbild Nassers zu übernehmen, ist Gadhafi in den verschiedensten Nachbarländern in Umsturzversuche und Destabilisierungskampagnen verwickelt, so in Tunesien, Algerien, Ägypten, dem Sudan und dem Tschad, wo libysche Söldnertruppen dem französischen Expeditionskorps gegenüberstehen. Auch diese Konfrontation uferete bereits in internationale Terroranschläge gegen französische Ziele aus und bildete allem Anschein nach den Hintergrund für den blutigen Bombenanschlag auf das Berliner Maison de France.

Die 1986 nach dem Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“ geführte Diskussion über die Schlüssigkeit der von den Vereinigten Staaten vorgebrachten Erklärungen und Hinweise auf eine Urheberchaft Libyens zeigt nur die Orientierungslosigkeit und Fehleinschätzung der westlichen Demokratien angesichts dieser Konfliktform Terrorismus, deren Wesensart darin besteht, daß Akteure, Hintermänner und Nutznießer immer im Dunkeln bleiben werden und kaum Beweise für kriminalgerichtliche Schuldzuweisungen zurückgelassen werden.

V. Fazit

Politische Bewegungen und Staaten im Nahen Osten haben seit den sechziger Jahren den Terrorismus zu einem wichtigen Faktor in den Auseinandersetzungen untereinander und in der Konfliktaustragung gegenüber dritten Parteien gemacht. In dieser Instrumentalisierung von Bombenanschlägen, Attentaten und Geiselnahmen gegen Unbeteiligte und Zivilisten ist längst die regionale Begrenzung der Konflikte überschritten worden. Die europäischen Länder sind schon

lange nicht mehr nur Ersatzschlachtfeld, sondern werden heute als Ziel in die Konfrontation einbezogen. Auch die Entwicklung europäischer Terroristengruppen hätte ohne die logistische und taktische Unterstützung durch nahöstliche Partner nie die gegenwärtigen Ausmaße erreicht. Die Beziehungen zwischen PLO-Gruppen und so verschiedenen Organisationen wie der Roten Armee Fraktion, den Revolutionären Zellen, der Wehrsportgruppe Hoffmann, den italienischen Roten Brigaden, der holländischen Roten Hilfe oder der japanischen Rengo Sekugon sind längst gerichtsaktenkundig. Gleiches gilt für die Unterstützung durch Libyen und Syrien für irische oder armenische Terrorgruppen, die mitunter auch offen zugegeben wird²⁵).

²¹) Vgl. Selhami in *Jeune Afrique* v. 25. 1. 1984, Merari (Anm. 10), S. 55 ff.

²²) Interview in *US News and World Report* v. 2. 11. 1986.

²³) Einige der Pässe, die die Attentäter von Rom und Wien mit sich führten, waren tunesischen Gastarbeitern in Libyen konfisziert worden.

²⁴) Vgl. *Der Spiegel*, (1986) 25, S. 68 f., (1985) 47, S. 98 ff. über die Ermordung von Exil-Libyern in der Bonner Innenstadt 1980 und 1985.

²⁵) Angehörige der „Armenischen Geheimarmee“, ASALA, haben gegenüber der westlichen Presse die Unterstützung durch Syrien und die Mitarbeit an PLO-Anschlägen zugegeben, *Le Monde* v. 9. 10. 1986.

Internationaler Terrorismus lohnt sich: Mit geringem Aufwand wird medienwirksam die Aufmerksamkeit der gesamten Welt gebannt, können machtpolitische Absichten durchgesetzt und Siege errungen werden, wie das syrische und iranische Beispiel zeigen. Die PLO verfügt über ein Vermögen, das nach vorsichtigen Schätzungen zwischen fünf und sechs Milliarden Dollar beträgt. Allein die Spenden der arabischen Nicht-Frontstaaten für 1986 werden auf über 300 Millionen Dollar geschätzt. Die PLO kontrolliert die einflußreiche „Arab Bank“ in Jordanien, besitzt Hotels, Farmen, Grundstücke und Firmen in Afrika, den USA und in Asien. Drogenhandel und Waffenschmuggel sind weitere Einnahmequellen palästinensischer und anderer arabischer Terrorgruppen²⁶⁾. Die Wirksamkeit terroristischer Aktionen kann kaum geleugnet werden. Die PLO hat vorgeführt, wie man mit Bombenanschlägen und Geiseldramen international Aufmerksamkeit erregt und politische Anerkennung erzwingt. Andere Organisationen eifern heute dem Vorbild Arafats nach, der längst diplomatische Salonfähigkeit erlangt hat.

Protestnoten und diplomatische Verhandlungen haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten beim Umgang mit dem nahöstlichen Terrorismus und seinen Förderstaaten als nutzlos erwiesen — genau wie die geheimen Stillhalteabkommen einiger europäischer Staaten mit Organisationen wie der PLO oder der armenischen ASALA, um das eigene Land vom Terrorkrieg auszusparen. Österreich und Italien wurden gerade deshalb

²⁶⁾ Vgl. James Adams, *The Financing of Terror*, London 1986, über Besitz und Geldquellen der PLO.

Schauplatz von Anschlägen, weil sie Arafats Vertretungsanspruch unterstützten. Reisen deutscher Politiker nach Syrien, in den Irak und nach Libyen und Kontakte zwischen Bundeskriminalamt und PLO konnten arabische Anschläge in der Bundesrepublik nicht verhindern.

Die Haltung der westlichen Staaten hat nicht nur Terroristen und Drahtzieher ermutigt, ihren Feldzug fortzuführen und auszudehnen, sondern auch die gemäßigten Kräfte und Staaten in der arabischen Welt in ihrer Bereitschaft zu friedlichen Lösungen sabotiert. Die mangelnde Bereitschaft europäischer Demokratien zu gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Sanktionen trägt eine große Mitschuld an der gegenwärtigen Dimension des nahöstlichen Terrorismus.

Man braucht kein Prophet zu sein, um eine weitere und stärkere Ausdehnung des nahöstlichen Terrorismus für die Zukunft vorauszusagen. Die islamische Revolution im Iran und der andauernde Konflikt am Golf werden neue Kräfte freisetzen und von weiteren Anschlagwellen begleitet sein. Soziale Gegensätze und radikalisierte Minderheiten gefährden die Stabilität der Angelpunkte westlicher Einflußpolitik — Saudi Arabien und Ägypten — mehr, als man dies in den Außenministerien Europas und der USA wahrhaben will. Eine ganze Generation Jugendlicher hat in dem Jahrzehnt der libanesischen Bürgerkriegswirren ihre militärische Ausbildung erhalten. Ein großer Teil werden als Handlanger und Akteure künftiger Anschläge zur Verfügung stehen. Terrorismus trägt kein Stigma in dieser Region, wo Mord und Geiselnahmen als bewaffneter Befreiungskampf ideologisch und religiös verbrämt werden.

Hans Josef Horchem: Fünfzehn Jahre Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/87, S. 3—15

Linksextremistischer Terrorismus hat seit 15 Jahren die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt. Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) hat in den Jahren 1985 und 1986 erneut schwerste Gewaltaktionen durchgeführt und Menschen ermordet. Sie ist die älteste und gefährlichste Terror-Einheit in der Bundesrepublik. Ihre Herkunft aus der zerfallenden Studentenbewegung der sechziger Jahre ist unbestritten. Ihre Ideologie setzt sich aus dem Marxismus-Leninismus und aus Gedanken Mao Tse-tungs zusammen. Ihre Handlungsweise ist anarchistisch. Das praktische Konzept ist der Versuch, revolutionäre Erfahrungen gegen diktatorische oder ausbeuterische Gesellschaften in der Dritten Welt in die Situation der Bundesrepublik zu transformieren.

Theoriedefizite, die sich im Laufe der Jahre verstärkten, führten zu einer Isolierung auch in der extremen Linken. Nach zahlreichen Rückschlägen eröffnete die RAF im Dezember 1984 eine neue „Offensive“. Zusammen mit der französischen „Action Directe“ (AD), mit der sie verschiedene Attentate gegen gemeinsame Ziele durchführte, proklamierte sie den „Aufbau einer anti-imperialistischen Front in Westeuropa“. Zu einer Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Terror-Organisationen ist es bisher nicht gekommen. Die belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“ (CCC) haben lediglich in einem Falle logistische Unterstützung für Operationen der AD und der RAF geleistet. Versuche, aus dem Bereich der autonomen Linken und anderer Randgruppen Verständnis und Unterstützung zu finden, sind bisher gescheitert. Die neue Untergrundzeitung „Zusammen kämpfen“ hat fehlende Theorie, die überzeugen und motivieren könnte, nicht ersetzt. Der Theorieverfall wird kommende Operationen der RAF noch schwerer als bisher kalkulierbar machen.

Die „Revolutionären Zellen“ (RZ) sind nach einer Phase der Diskussion über revolutionäre Methoden seit Anfang 1985 erneut zu Aktionen übergegangen. Ihrer „Anknüpfungsstrategie“ folgend, richteten sich die Anschläge gegen Objekte, die Symbol waren für im Augenblick geführte politische Diskussionen. Die Mehrheit der RZ beschränkt sich nach wie vor auf Angriffe gegen Objekte und nicht auf Anschläge gegen Personen. Die RZ sind in ihrer inneren Struktur so abgeschottet, daß sie bisher eine erfolgreiche Aufklärung durch die Sicherheitsbehörden nicht zu befürchten brauchten. Deshalb dürften auch bei ihnen Angebote auf Strafverkürzung wenig Anreiz finden.

Brian Michael Jenkins: Der internationale Terrorismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/87, S. 17—27

In den letzten Jahren hat es eine kontinuierliche Zunahme des internationalen Terrorismus gegeben, und diese Tendenz wird sich auch in Zukunft fortsetzen, obwohl die internationale Staatengemeinschaft versucht, Konsens in der Bekämpfung dieses Phänomens zu erzielen. Eine einheitliche Vorgehensweise wird sich erst durchsetzen, wenn einige Staaten aufhören, Terroristen für ihre Ziele einzusetzen. Eine einheitliche Bekämpfung wird noch dadurch erschwert, daß es die verschiedensten Vorstellungen von Konflikt und Terrorismus gibt. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß des einen Terrorist des anderen Freiheitskämpfer ist. Auch über die Entstehungsursachen des Terrorismus gibt es keine Übereinstimmung; sie liegen in sozialen, wirtschaftlichen, politischen, historischen, psychologischen und religiösen Ursachen begründet.

Die Taktiken der Terroristen sind begrenzt. Sechs grundlegende terroristische Methoden umfassen 95 % aller terroristischen Anschläge. Eine Änderung des taktischen Repertoires hat sich im Laufe der Zeit kaum ergeben. Mit zunehmender Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen verschlechterten sich die Erfolgsaussichten der Terroristen. Sie änderten daraufhin lediglich ihre Taktik dahingehend, daß sie weniger Geiseln nahmen und Flugzeuge entführten, sondern mehr Menschen töteten und Bombenanschläge verübten. Ziel eines terroristischen Anschlages können jedes Land oder seine Repräsentanten sein.

David Thomas Schiller: Terrorismus im Nahen Osten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/87, S. 29—38

Die Sicht des arabischen Konfliktraumes wird für westliche Beobachter von einer oft einseitigen und selektiven Wahrnehmung geprägt, die mit ihrer Fixierung auf die israelisch-arabische Auseinandersetzung an der komplexen Situation und den vielschichtigen Konfliktebenen dieses Raumes vorbeigeht. Auch der nahöstliche Terrorismus, für den Europa in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr und mehr zur Schaubühne wurde, ist nicht einfach nur ein Resultat des Streits um Palästina und nicht allein auf diesen Konflikt begrenzt. Mehr als vom Verhalten Israels wird die Entwicklung des arabischen Terrorismus bestimmt von den Rivalitäten zwischen den verschiedenen Gruppen der PLO und der Einflußnahme arabischer Staaten, die sich der Freischärler als Instrumente ihrer Machtpolitik bedienen. Übersichtsartig wird anhand des palästinensischen und schiitischen Beispiels die interne Dynamik dieser Gewaltpolitik dargestellt, die sich in Entführungen, Bombenanschlägen und Geiselnahmen auf internationaler Ebene niederschlägt.

Terrorismus ist zu einem wichtigen Faktor bei den Auseinandersetzungen zwischen politischen Bewegungen und Staaten im Nahen Osten geworden, wozu auch die mangelnde Gegenreaktion der westlichen Welt — und hier besonders der europäischen Nationen — beigetragen hat. Lippenbekenntnisse und diplomatische Proteste nützen nichts. Die mangelnde Abwehrbereitschaft der europäischen Demokratien führt nicht nur dazu, daß ihre eigenen Bürger zu Opfern in diesem Stellvertreterkrieg geworden sind und weiterhin werden, sondern auch zur Einschränkung der Einflußmöglichkeiten auf die gemäßigten arabischen Staaten.